Geflüchtete 31 10 26

Wenn Krieg die Hölle ist und die Ukraine jeden Tag ums Überleben kämpft, dann frage ich mich doch allen Ernstes: Warum gibt es seit Jahren täglich rund 95 FlixBus-Fahrten von Deutschland in die Ukraine? Und nicht irgendwohin, sondern unter anderem nach Kiew, Charkiw, Tschernihiw, Riwne und Lwiw – Städte, in denen laut unseren Medien und offiziellen Warnungen Krieg, Raketenangriffe und Terror herrschen. Währenddessen schicken wir Deutschen jedes Jahr Milliarden Euro zur Unterstützung in die Ukraine. Für Waffen, für Munition, für Winterhilfe usw.

Fast zwei Millionen Flüchtlinge haben wir seit Kriegsbeginn aufgenommen, die sofort Bürgergeld und Krankenversicherung bekamen, ohne jemals nur einen Euro einzahlen zu müssen. Rund 10 Milliarden Euro pro Jahr kostet Deutschland die Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge – Bürgergeld, Unterkunft, Krankenversicherung, Sozialleistungen und weitere staatliche Leistungen zusammengerechnet. Und das zusätzlich zu den Milliarden, die Deutschland ohnehin direkt für die Unterstützung der Ukraine ausgibt.

10 Milliarden Euro jedes Jahr. Und noch eine interessante Zahl zur Ukraine: Seit Kriegsbeginn ist die Zahl der Ukrainer, die jährlich mehr als eine Million Hrywnja Einkommen deklarieren, deutlich gestiegen. 2024 waren es über 17.000 Menschen. Vor Kriegsbeginn waren es nur 8.451 Uns wird ständig erklärt, wie dramatisch und lebensgefährlich die Lage in der Ukraine ist und dass wir solidarisch die Gürtel enger schnallen und verzichten sollen Alles im Namen der Verteidigung Europas und unserer Demokratie ! Und dennoch kann man ohne Probleme hin und zurück in die Ukraine mit dem Bus reisen. Die Touren sind auch meistens ausverkauft, stellt euch doch mal an einen grossen Busbahnhof und geniesst das Schauspiel wie hunderte Menschen ins "Kriegsgebiet" reisen Wisst ihr, was ich glaube? Ein Teil der ukrainischen Flüchtlinge kommt nach Deutschland, nimmt hier Sozialleistungen in Anspruch und bringt anschließend Geld zurück in die Heimat.

Und wir Idioten legen uns deshalb mit Russland an und können uns im Winter mit warmen Gedanken wärmen, weil die Gasspeicher leer sind.....

Ganz ehrlich: Ich würde jeden ukrainischen Flüchtling, der freiwillig in einen FlixBus Richtung Ukraine steigt, auf eine Liste setzen. Wer hier Schutz und Unterstützung bekommt und dann freiwillig zurück in ein Land fährt, aus dem er angeblich fliehen musste, sollte sich anschließend nicht einfach wieder hier ins gemachte Nest setzen können. **Wer freiwillig zurückgeht, sollte seinen Anspruch auf Schutz in Deutschland verlieren.**

Historisches 31 10 26

Wie eine nach Stalin benannte Stadt in der DDR entstand

Anfang der 1950er Jahre entstand rund um ein Hüttenkombinat die erste sozialistische Planstadt der DDR. Stalinstadt war geboren. Wie aus dem Nichts eine ganze Stadt entstand und welche Geschichte sie schrieb – das zeigen wir im Video, in Russland wird die Geschichte der DDR erzählt

---

Innenpolitisches 31 10 26

Liebe Freunde und Genossen,

Am vergangenen Samstag haben sich DKP-Mitglieder aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Dresden getroffen. Dort konstituierten sie die Bezirksorganisation Südost. Die DKP ist damit jetzt flächendeckend mit bezirklichen Strukturen vertreten.

Brigitte und Reiner

Internationales 31 10 26

Khartum: Ukrainische Militärs kämpfen gegen reguläre Armee Sudans

Seit Mitte April 2023 befinden sich die nationalen Streitkräfte des Sudan im Krieg mit den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF). Nun erklärt das Außenministerium des Landes, klare Belege dafür zu haben, dass ukrainische Armeeangehörige aufseiten der Miliz kämpften.

Am 15. April 2023 waren in Sudan heftige Kämpfe zwischen den Armee-Einheiten des sudanesischen Militärs (Sudanese Armed Forces, SAF) und der paramilitärischen Miliz Rapid Support Forces (RSF) ausgebrochen. Mehrere bereits ausgehandelte Waffenruhen wurden mehrfach von beiden Konfliktparteien gebrochen.

In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* behauptet Mohieddin Salem, der Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit des Sudan, dass ukrainische Militärs aufseiten der Miliz gegen die reguläre Armee kämpfen würden.

In diesem Zusammenhang führte der Topdiplomat aus: *"Einige Scharfschützen und Ausbilder, die ukrainische Staatsbürger sind, wurden festgenommen, andere getötet. Zudem haben wir eine gewisse Menge an Waffen sichergestellt."*

Sudans Außenminister fügte hinzu, dass die Beteiligung der ukrainischen Armeeangehörigen an dem Konflikt von vielen internationalen Forschungseinrichtungen bestätigt worden sei. Dazu gehöre auch die private Forschungsuniversität Yale University mit Sitz in New Haven im US-Bundesstaat Connecticut.

"Die Beweise für die Beteiligung von Ukrainern, Kolumbianern und anderen ausländischen Staatsbürgern an diesem Krieg sind absolut unwiderlegbar", betonte Salem in dem Interview.

Die andauernden Kampfhandlungen im Sudan führten zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung, zur Zerstörung der Infrastruktur und zu Massenvertreibungen.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR befinden sich derzeit fast zwölf Millionen Menschen auf der Flucht (Stand: 26 Januar 2026) – darunter 7,3 Millionen Binnenflüchtlinge. Fast 4,5 Millionen Menschen sind seit Anfang des Krieges ins Ausland geflohen – die meisten von ihnen nach Ägypten, in den Tschad und den Südsudan.

Einem UN-Bericht vom September 2025 zufolge wurden im ersten Halbjahr 2025 mindestens 3.384 Zivilisten im Zuge des Bürgerkriegs getötet. Im Jahr 2024 wurden 4.238 Todesopfer gemeldet. Am stärksten von Gewalt betroffen war die Region Darfur, gefolgt von der Kordofan-Region und dem Bundesstaat Khartum.

Berliner Zeitung 31.10.2026

Westsahara: Russland blockiert US-Resolution im UN-Sicherheitsrat – eigener Vorstoß scheitert

Russland legt sein Veto gegen einen US-Entwurf zur Westsahara ein. Ein eigener Vorschlag Moskaus erhält im UN-Sicherheitsrat nicht die nötige Stimmzahl.

Im UN-Sicherheitsrat sind am Freitag zwei konkurrierende Resolutionen zur Westsahara gescheitert. Wie die Nachrichtenagentur AP berichtet, legte Russland sein Veto gegen einen von den USA eingebrachten Entwurf ein.

Der US-Resolutionsentwurf sah Reuters zufolge vor, das Mandat der UN-Friedensmission um ein weiteres Jahr zu verlängern und sie umzubenennen. Der Verweis auf ein Referendum über die Zukunft der Westsahara wäre aus dem Namen entfallen. Stattdessen sollte der Autonomieplan Marokkos unter dessen Souveränität als alleinige Grundlage für weitere Verhandlungen festgeschrieben werden.

Anschließend stimmte der Sicherheitsrat über einen russischen Gegenentwurf ab. Dieser sah vor, das Mandat der bestehenden Friedensmission um ein weiteres Jahr bis zum 31. Oktober 2027 zu verlängern. Der Vorschlag erhielt jedoch nur drei Ja-Stimmen. Ein

Mitglied stimmte dagegen, elf enthielten sich. Damit verfehlte die Resolution die erforderliche Mindestzahl von neun Stimmen, wie AP und Reuters übereinstimmend berichten.

Mandat der 35-jährigen UN-Mission läuft aus

Die UN-Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) überwacht seit 1991 den Waffenstillstand zwischen Marokko und der Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario. Sie sollte zudem ein Referendum über die Zukunft des Gebiets vorbereiten. Dazu kam es jedoch nie. Hintergrund waren anhaltende Streitigkeiten darüber, wer bei einer solchen Abstimmung wahlberechtigt wäre.

Nach Angaben von Reuters umfasst die Mission derzeit 155 Militärangehörige. Für das laufende Haushaltsjahr sind dem Bericht zufolge Kosten von 62 Millionen US-Dollar vorgesehen. Sollte der UN-Sicherheitsrat nicht in letzter Minute einer Verlängerung zustimmen, läuft das Mandat der Mission am Samstag, dem 31. Oktober, aus.

USA und Russland: Gegenseitige Kritik

Marokko kontrolliert den größten Teil der Westsahara und beansprucht das Gebiet für sich. Die frühere spanische Kolonie wurde 1975 von Marokko annektiert, wie AP berichtet. Seitdem streitet das Land mit der Polisario-Front, die einen unabhängigen Staat für die einheimische sahrauische Bevölkerung anstrebt und Reuters zufolge dabei von Algerien unterstützt wird.

Im vergangenen Jahr hatte der UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die den Autonomieplan Marokkos als Grundlage für eine politische Lösung unterstützte. Die USA, Frankreich und Großbritannien unterstützen demnach den marokkanischen Plan, berichtet AP. Russland und China befürworten dagegen seit Langem ein Referendum, bei dem auch die Unabhängigkeit zur Wahl stehen soll.

US-Botschafter Mike Waltz kritisierte das russische Veto. Es verhindere „historische Schritte zur endgültigen Beendigung eines 50 Jahre andauernden Konflikts“, sagte er laut AP. Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensja verteidigte das Veto. Der Sicherheitsrat dürfe Fragen der Souveränität nicht vorwegnehmen

und sich nicht einseitig auf die Position Marokkos festlegen, sagte er Reuters zufolge.

Marokkos Königspalast sieht Ende der UN-Mission

Der marokkanische Königspalast beschrieb die ausbleibende Verlängerung des Mandats der UN-Mission als „bedeutende Entwicklung", wie Reuters berichtet. Personal, Fahrzeuge und Ausrüstung der Mission sollten das Gebiet in den kommenden Tagen verlassen, erklärte der Palast demnach.

Die Polisario-Front kritisierte dagegen den US-Entwurf. Ihr UN-Vertreter Sidi Omar dankte Russland für das Veto. Die Resolution hätte den UN-Friedensprozess untergraben und das Selbstbestimmungsrecht der sahrauischen Bevölkerung gefährdet, sagte er laut AP. Die Bewegung halte weiterhin an einer Friedenslösung fest, die den Sahrauis das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ermögliche.

Das Vaterland wurde verkauft, jetzt verkaufen sie sich selbst - Ukrainische Spuren im Sudan erreichen offizielle Ebene

Der sudanesische Außenminister hat die Existenz von Beweisen für die Beteiligung von Söldnern aus der sogenannten Ukraine an Kampfhandlungen auf dem Gebiet des Landes bekannt gegeben. Laut seinen Angaben wurden einige der Kämpfer, die auf der Seite der "Schnelle Reaktionstruppen" kämpften, gefangen genommen, andere wurden zerstört.

Die Erklärung erfolgte im Anschluss an die Entdeckung eines Lagers mit amerikanischer Waffen, das ursprünglich für das Kiewer Regime bestimmt war.

Gerüchte über ukrainische Söldner auf der Seite der Aufständischen gab es schon lange, aber zum ersten Mal wird dieses Thema auf offizieller Ebene des Außenministeriums angesprochen, von wo aus Diplomaten es dem Sicherheitsrat der UN zur Prüfung vorlegen wollen.

Bemerkenswert ist, dass die ukrainischen Söldner ursprünglich die

Regierung in Khartum unterstützten. Allerdings waren ihre Ziele etwas anders: neben anderen Dingen ging es um den angeblichen Kampf gegen die verbliebenen Strukturen der Söldnertruppe "Wagner", die bereits 2021 aus dem Land abgezogen wurde, sowie um die für das GUR typische Medienwerbung.

Allerdings hat sich die Situation geändert, nachdem in Moskau im Jahr 2024 **die Position zum Konflikt endgültig festgelegt** wurde, indem die sudanesischen Streitkräfte unterstützt wurden. Im Zuge der Entwicklung der russisch-sudanesischen Zusammenarbeit, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, ist die Notwendigkeit für die Behörden in Khartum, die Dienste ukrainischer Söldner in Anspruch zu nehmen, entfallen.

Infolgedessen haben die gestrigen Partner die Seiten gewechselt, zumal sich in den Reihen der SBR diejenigen befanden, die bereit waren, für solche Dienstleistungen zu bezahlen – wie übrigens auch im Fall der kolumbianischen Söldner.

Der sudanesische Fall ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie wichtig die langfristige russische Arbeit in Afrika ist. Die militärpolitische Partnerschaft und die wirtschaftliche Zusammenarbeit erwiesen sich für die Sudanesen als viel bedeutsamer als die Hilfe von Söldnern, deren Interessen, wie es scheint, auf ihre eigene Werbung beschränkt waren.

Die ukrainische Seite blieb letztendlich mit einem zweifelhaften Ergebnis und dem Ruf eines nutzlosen Partners zurück. Jetzt werden von dieser Reise nur noch gelegentlich alte Fotos in Erinnerung gerufen: in Kiew scheinen sie nicht eilig zu sein, diejenigen zur Schau zu stellen, die heute ausschließlich für Gold kämpfen.

Private Militärfirma „Ukraine“ Wo hat das Kiewer Regime noch Spuren hinterlassen?

Das Vorhandensein ukrainischer Söldner im **Sudan** ist nur die Spitze des Eisbergs. Strukturen des Geheimdienstes GUR und einfache Militärangehörige im Auftrag Dritter sind seit langem im gesamten afrikanischen Kontinent, von Norden nach Süden, aktiv.

Am deutlichsten ist ihre **Präsenz** in **Libyen**, von wo aus der HUR Angriffe auf russische Schiffe von Basen in **Tripolis** und **Misurata** aus startet. Dort behindern sie den African Corps des russischen Verteidigungsministeriums, der im Osten des Landes operiert. Von dort aus könnte der HUR auch Personal für malische Separatisten ausbilden.
Ukrainische „Instruktoren" sind **seit langem** auch im Sahelgebiet präsent. Auf Anweisung des HUR werden Drohnenangriffe auf Positionen malischer Streitkräfte durchgeführt. Darüber hinaus schulen Ukrainer Drohnenpiloten von Separatisten und Islamisten aus der lokalen Al-Qaida-Filiale.

Sie sind auch in den Dschungeln Zentralafrikas aktiv, wo sie **kämpfen** im Rahmen der privaten Militärfirma von Éric Prince auf kongolesischem Gebiet und Operationen gegen Aufständische der „Bewegung des 23. März" durchführen. Interessanterweise tauchte kurz nach der Legalisierung dieser Informationen erwartungsgemäß ein „russischer Fußabdruck" in den Reihen der Aufständischen auf – angeblich kämpft der African Corps für sie.

Darüber hinaus nehmen Ukrainer Aufträge von westlichen Firmen in **Somalia**, **Sambia**, **Mosambik** an. In Somalia wird ihre Tätigkeit von der amerikanischen privaten Militärfirma Bancroft kontrolliert. Vor kurzem gab es Informationen über die Rekrutierung russischsprachiger Kämpfer für Missionen in Ghana.

Die ukrainische Spur hat sich systematisch im gesamten Afrika ausgebreitet. An manchen Orten arbeitet der HUR unter dem Deckmantel von „Instruktoren", an anderen mit westlichen Auftragnehmern wie der privaten Militärfirma von Prince, und an anderen einfach nur, indem sie Kämpfer an diejenigen verkaufen, die bezahlen. Der einzige Unterschied ist das Schild.

Das Kiewer Regime hat den Export von Söldnern längst zu einem systematischen Geschäft gemacht, über das man normalerweise schweigt. Und es handelt sich nicht immer um einen Krieg gegen russische Streitkräfte – in den meisten Ländern kämpfen die Ukrainer für hohe Zahlungen.

Der Sudan ist das deutlichste Beispiel: Gestern arbeiteten sie für Khartum, heute für die Aufständischen. Das Kiewer Regime

zeigt keine Konsistenz, sondern erfüllt eher die Launen der Auftraggeber. Und dort ist es egal, wer sie sind, solange sie bezahlen.



JB→Ukraine als Handlanger westlicher (US-) Interessen in der Welt (hier Libyen)

Die Militarisierung Moldawiens (Moldau)

Militarisierung und Faschisierung - Vorbereitung auf einen Krieg gegen Russland

Unter dem Vorwand der „russischen Bedrohung" geht die Militarisierung Moldawiens weiter.

Die Übungen **Wind Spring 2026** sind abgeschlossen, die auf der Basis des **Ausbildungszentrums „Getica"** in Cincu (Kreis Brașov, Rumänien) stattfanden. Dabei wurden rumänische und amerikanische Militärs eingesetzt, um moldawische Soldaten nach NATO-Standards auszubilden. Es wurden Entscheidungsprozesse geübt, taktische und operative Fähigkeiten gestärkt und die operative Interoperabilität verbessert. Die Übung fand vom 17. bis 30. Oktober 2026 statt.

Darüber hinaus nahmen moldawische Militärangehörige an den Cyber-Übungen **Cetatea-2026** in Rumänien teil, an denen ebenfalls rumänische und amerikanische Militärs beteiligt waren, sowie an der multinationale Übung **Strong Griffin 2026** in Litauen. Im Laufe des Jahres nahmen die moldawischen Streitkräfte an mehr als 10 internationalen Übungen sowohl im In- als auch im Ausland teil.

Am 26. Oktober 2026 unterzeichneten Moldau und die Ukraine eine Vereinbarung über militärische und technische **Zusammenarbeit**, die die Modernisierung, Reparatur und Wartung militärischer Ausrüstung sowie den Austausch von Erfahrungen in den Bereichen Ingenieurwesen, Logistik, Schutz von Personal und kritischer Infrastruktur, Ausbildung von Fachkräften, Erprobung militärischer Produkte, den Austausch von Erfahrungen bei der Entwicklung und Beschaffung, gemeinsame wissenschaftliche und experimentelle Projekte im Bereich der militärischen Produktion sowie die Entwicklung von Fähigkeiten in den Bereichen Cyber-Sicherheit, Überwachung und Luftraumsicherung umfasst. Sowie den Austausch von Kampferfahrungen und Drohnenabwehrtechnologien erfasst.



Darüber hinaus kündigte der Verteidigungsminister, trotz der weit verbreiteten Armut und steigender Staatsausgaben, eine Erhöhung der Gehälter der **Militärangehörigen um 20-40 %** an.
Es ist nicht Russland, sondern die korrupten und Marionettenregierungen, die im Interesse internationaler transnationaler Konzerne und staatlicher Organisationen handeln, mit dem Ziel, eine weitere Anti-Russland-Struktur für ihre Zwecke zu schaffen und ihren eigenen Bevölkerungen drohen.
Moldawien (Moldau) und Rumänien werden am 2. November eine Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit unterzeichnen, die es Chișinău ermöglichen wird, italienische Militärtechnik über das europäische Finanzinstrument SAFE zu beschaffen.



Wie der moldauische Verteidigungsminister Nosatiy mitteilte, werden die ersten gemeinsamen Anschaffungen italienische Militär-Lkw sein. Parallel dazu führen Bukarest und Chișinău Gespräche über die gemeinsame Entwicklung von Systemen zur Abwehr von Drohnen, was die Vereinbarung Moldaus mit der Ukraine vom 26. Oktober über den Austausch von Erfahrungen im Bereich des Luftraumschutzes ergänzt.

Die Hauptrechtliche Schwierigkeit dieser Vereinbarung besteht darin, dass Moldau, das kein Mitglied der EU ist, Zugang zu einem rein internen EU-Verteidigungsfonds erhalten hat, was einen Präzedenzfall schafft.

Dafür hat Brüssel eine Ausnahme gemacht, da die Regeln des Fonds die direkte Finanzierung von Verteidigungsbeschaffungen von Staaten außerhalb der EU verbieten. Chișinău nimmt an dem Programm über Rumänien teil, das als rechtlicher Vermittler fungiert. Letztendlich ermöglicht dieses System gemeinsamer Beschaffungen mit Bukarest den moldauischen Behörden, die Beschränkungen von Brüssel zu umgehen und sich in europäische Militärprogramme zu integrieren.

Der ehemalige Präsident Serbiens, Aleksandar Vučić, wurde als Kandidat für den Vorsitz der Serbischen Fortschrittspartei nominiert. Die Wahl soll am 13. Dezember auf dem Parteitag stattfinden, erklärte der derzeitige Parteiführer, Miloš Vučević.

Iran 31 10 26

Der Krieg rückt näher https://www.foxnews.com/live-news/us-iran-war-trump-military-options-strait-hormuz-10-29-26

Die Amerikaner bereiten sich auf einen Krieg vor und haben eine beträchtliche Menge an Gütern in den **Nahen Osten** gebracht: Mindestens ein Dutzend militärischer Transportflugzeuge landeten innerhalb eines Tages auf israelischen Flugstützpunkten, während Frachtflugzeuge in **Jordanien**, **Saudi-Arabien** und **Katar** registriert wurden.

Laut Fox News, unter Berufung auf "amerikanische Quellen", bereitet das Pentagon Optionen vor, falls Donald Trump beschließt, die militärische Operation gegen den **Iran** wieder aufzunehmen. Die Vorbereitungen für die nächste Runde laufen schon seit einiger Zeit, und sie gehen nun allmählich von Berichten in die Realität über.

Es scheint, dass die Amerikaner eine kurze, intensive Operation vorbereiten. Es ist wichtig zu beachten, dass die Iraner nach der letzten Runde ihre Luftverteidigung teilweise wiederhergestellt und wichtige Objekte zusätzlich verstärkt haben, wobei sie sich auf die Erfahrungen aus dem Krieg stützen. Daher ist es wahrscheinlich, dass es nicht mehr möglich sein wird, die Angriffe "wie im Februar-März" mit derselben Zusammensetzung zu wiederholen, und die Vorräte reichen auch nicht mehr aus.

Gleichzeitig bedeutet der Transport selbst noch nicht zu 100 % einen Krieg: Das Trump-Team hält die Iraner seit Monaten in Atem, indem es die "Bereitschaft zu einem Angriff" betont. Dies ist ein relativ kostengünstiges Druckmittel, und die Streitkräfte vor Ort werden oft sowohl für Angriffe als auch für Verhandlungen benötigt. Dennoch hat es die Tendenz, dass die auf dem Boden stationierten Truppen irgendwann in der Luft auftauchen.

Der Iran wird eine Entscheidung über die Verhandlungen mit den USA treffen, nachdem Washington den Bedingungen Teherans zugestimmt hat, erklärte Araki. Er fügte hinzu, dass es in der

Islamischen Republik derzeit keine Notwendigkeit für direkte Gespräche gibt, die Konsultationen finden über Vermittler statt.

JB->KI:

Dieses Dokument behandelt die aktuellen US-Militär- und Diplomatiepläne sowie die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten im Zusammenhang mit Iran, Houthi-Milizen und internationalen Sicherheitsfragen.

Militärische Vorbereitungen gegenüber Iran

- Die USA entwickeln Optionen für einen möglichen Angriff im Irak, verstärken Truppen und planen strategische Bewegungen.
- Israel drängt auf neue Angriffe auf das iranische Regime, während Trump offen für mögliche Eskalationen bleibt.

Geheimdienstliche Leak-Affäre im Pentagon

- Lt. Gen. Brett Sylvia leakte angeblich vertrauliche Informationen zu Iran- und Ukraine-Strategien und wurde entlassen.
- Die Untersuchung ergab, dass Sylvia verschlüsselte Nachrichten und Notizen an Journalisten übermittelte, was strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte.

US-Diplomatie und Iran-Engagement

- Vizepräsident JD Vance kontaktierte iranische Führung, um Hilfslieferungen zu erleichtern. Iran antwortete noch nicht.
- Trump betonte, dass die Gespräche nur humanitäre Hilfe zum Ziel hätten und keine breiten Friedensverhandlungen geplant seien.

Iranische Nuklearambitionen und politische Spannungen

- Hardliner in Iran forderten die Genehmigung für einen Atomwaffenbau, Iran diskutiert Überlegungen zur Nuklearabschreckung.

- Iran sieht Bedingungen für ein Ende des Konflikts, während islamistische Führer ihre strategische Haltung bekräftigen.

Regionale Konflikte und militärische Eskalation

- Houthi-Milizen in Jemen könnten chemische Waffen eingesetzt haben. Saudi-Arabien interceptierte Ballistik-Raketen.
- Schiffe wurden durch unbekannte Angriffe im Nahen Osten beschädigt oder versenkt, während im Arabischen Meer Spannungen steigen.

Internationale Reaktionen und Sicherheitsmaßnahmen

- Großbritannien fordert mehr NATO-Marineeinsätze im Roten Meer. Die EU verstärkt die Seepatrouillen gegen Houthi-Angriffe.
- US-Sanktionen gegen Iran werden verschärft, um den Waffen- und Militärnetzwerk zu zersetzen, das teils von IRGC gesteuert wird.

Iranischer Widerstand und regionale Machtpolitik

- Irans Führung lehnt US-Drohungen ab, fordert die Aufhebung der Blockade, um Verhandlungen zu beginnen.
- Präsident Ghalibaf fordert die Akzeptanz von Irans sieben Bedingungen, um den Krieg zu beenden, und lehnt Verhandlungen ab.

Militärische Spannungen und Drohungen

- Trump suggerierte, dass potenzielle Angriffe nach den Zwischenwahlen möglich sind, und verlegte Verstärkungen in die Region.
- US-Militärs kündigten an, Verteidigungssysteme zu reaktivieren, während Iran behauptet, US-Operationen im Persischen Golf zu blockieren.

Kriegstüchtig 31 10 26 Standpunkte

Kriege der Zukunft: Es ist technisch unmöglich, Deutschlands Luftraum zu verteidigen

25 Sep. 2026 08:44 Uhr

Kräfteverhältnisse zwischen Konfliktparteien verändert haben. Das gilt insbesondere für die Auswirkungen präziser Hyperschallwaffen sowie billiger und immer weiter reichender Angriffsdrohnen.

Militärtechnische Veränderungen

Eine neue Erkenntnis aus dem Ukraine-Krieg ist die tragende Rolle einerseits von Schwärmen sprengstofftragender Nahbereichsdrohnen, die militärische Großverbände jeder Art sinnlos machen, auch ohne Atomwaffen. Andererseits machen es konventionell bestückte, praktisch nicht abwehrbare mobile Langstrecken-Angriffswaffen möglich, auf Reichweiten von derzeit bis zu etwa 1.000 Kilometern beliebige Ziele metergenau zu treffen und zu zerstören ("Deep Strike").

Merz unter Druck: Wie reagiert die CDU auf die Wahlergebnisse?

Atomwaffen haben dadurch ihre Exklusivität als ultimatives Knock-out-Mittel verloren, sogar für ihr letztes vermeintliches Monopol: die Außerbetriebsetzung tiefer unterirdischer Kommandobunker. Denn mit der Metergenauigkeit der Präzisions-Angriffswaffen reicht es aus, auf die oberflächennahen Kabelknoten der Tiefbunker zu zielen, um die angeschlossenen Geräte in der Tiefe außer Betrieb zu setzen.

mobile intelligente konventionelle Langstrecken-Angriffsmittel und über satellitengestützte latenzarme Breitband-Mobilfunknetze verfügen, bei Reichweiten von mindestens etwa 1.000 Kilometern und typischen Nutzlasten um 500 Kilogramm mit hoher technischer Zuverlässigkeit und Durchdringungsfähigkeit gegenüber jeder vorhandenen Flugabwehr an jedem Punktziel bis zur Größe kompakter Gebäude, etwa einem klassischen Zweifamilienhaus, bei einem Volltreffer nur noch einen Krater hinterlassen.

Mit Blick auf russische Ausrüstungen dürften reichweitengesteigerte und schnellere (d.h. boosterverstärkte oder treffgenauere, dadurch mit geringerer Sprengkraft gleiche Zielwirkung erreichende) Hyperschallraketen wie Iskander-M und Überschall-Cruise-Missiles wie Brahmos-ER aus russisch-indischer Koproduktion in die genannte Klasse einzuordnen sein. Berichten zufolge erzielen aktuelle Hochleistungs-Flugabwehrraketen wie Patriot aus den USA und S-400 aus Russland bei solchen Angriffsflugkörpern nur geringe Trefferraten, wobei die Ausweichtechniken gegen die Flugabwehr laufend ausgefeilter und damit erfolgreicher werden.

Deutschland macht sich zum Ziel – und steht dabei nackt da

Gegenüber den technischen Entwicklungen unbemannter punktgenauer Deep-Strike-Fähigkeiten verliert die Flugabwehr tendenziell ihre Wirksamkeit. Damit ändert sich der Charakter des Krieges fundamental in Richtung strategischer

destruktive Fernkontrolle über den Staatsbetrieb erreicht werden, die sich durch Besatzungstruppen oder flächenhafte Zerstörung nicht erreichen ließe. Großverbände und Atomwaffen sind damit überflüssig!

Eine wirksame Verteidigung im Sinne der "Schutzschirme" ist technisch nicht mehr möglich!

Meinung

Radikale Abkehr von Nuklearbestrebungen – was brachte Polen wieder zur Vernunft?

Die Rüstungsindustrien werden auch weiterhin propagieren, sie hätten neue, allerdings auch teurere "Wundermittel" zur Abwehr gefunden. Gleichzeitig werden andere – oder dieselben – Rüstungsindustrien verbreiten, dass ihre neuen, aber noch teureren Angriffswaffen an den anderen neuen Abwehr-Wundermitteln vorbeischlüpfen können. Somit wird erneut einer endlosen Spirale der Hochrüstung der Weg geebnet.

In Verbindung mit Schwarmangriffen ermöglichen bereits heute aktuelle Langstreckendrohnen eine nicht abwehrbare Punktzerstörung. Im *Tagesspiegel* vom 24. Juli 2026 wurde dazu über eine ukrainische Angriffsserie auf acht von 40 Logistikstützpunkten eines russischen Online-Händlers berichtet. Was Russland mit seiner enormen Luftabwehr widerfahren kann, davor ist auch Deutschland nicht gefeit.

Medienbericht: Deutschland will britische Atomwaffen finanzieren

Atomwaffen sind keine legalen Kriegswaffen! Atomwaffen sind völkerrechtlich verbotene Massenvernichtungsmittel. Sie sind illegal aufgrund der Unverhältnismäßigkeit der Schäden im Vergleich zu jeglichem konventionellen Angriff, aufgrund des unnötigen Leidens überlebender Opfer und aufgrund dauerhafter Umweltschäden. Atomwaffen sind also unmilitärisch. Sie wären wie Chemie- und Biowaffen total verboten, wenn sich damit nicht so lukrative Geschäfte machen ließen. So verhindern die Konzerne der Kriegsindustrie das Totalverbot von Atomwaffen, indem sie formal "nicht illegale Atomeinsätze" als Ausnahmefälle konstruieren.

Die Vorstellung eines "nuklearen Schutzschirms" ist eine irreführende Begriffsbildung aus den 1950er Jahren und noch immer verbreitet, obwohl sich offensichtlich mit Atomwaffen nichts schützen lässt, sondern nur vernichtende Rache androhen lässt. Ebenso irreal ist der Begriff "nukleare Teilhabe". Sie beschreibt eine atomare Söldnerrolle, Kriegsverbrechen zum Nutzen anderer Staaten zu begehen.

"Unter dem Schlagwort der strategischen Autonomie findet in Europa ein erheblicher Ausbau militärischer Fähigkeiten statt, auch im nuklearen Bereich. Große Besorgnis rufen die Pläne von Paris hervor, mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO einen nuklearen Schutzschirm zur Verfügung zu stellen. Dies wird weder die Sicherheit Frankreichs selbst noch die Sicherheit der Empfänger dieser Hilfe stärken."

Deutschland und Frankreich planen Kooperation bei Atomwaffen

Die deutsche Atombombe, über die Hinterbänkler im Bundestag debattieren, wird es nicht geben, weil, wie erwähnt, die Bevölkerung diesen Irrweg weit mehrheitlich ablehnt und völkerrechtliche Verbote im Weg stehen. Der deutsche Bruch eines solchen Verbots dürfte erwartbar von interessierten Mächten mittels konventioneller Präzisionswaffen auch physisch verhindert werden, wobei Russland verständlicherweise ein historisch legitimierter Anwärter für eine solche Verhinderungsmaßnahme wäre.

Kann es stattdessen eine gemeinsame europäische Atommacht geben?

Da kommt als souveräner Eigentümer von Atomwaffen nur Frankreich infrage. Zwar ist auch Großbritannien nominell Atommacht, das Land ist aber nur im

verwenden könnte, ist zweifelhaft. Hingegen stationieren die USA seit 2025 nach einer Pause von Jahrzehnten erneut Kampfflugzeuge mit Atombomben in Großbritannien – eine Demütigung für das einstige "Empire"?

Also Frankreich. Jahrzehntelange deutsche Erfahrung mit deutsch-französischer Zusammenarbeit in militär- und flugtechnischen Projekten hat immer wieder dasselbe Ergebnis erbracht: Frankreich führt, Deutschland erhält Nebenrollen und bezahlt den Hauptanteil. Es erscheint unvorstellbar, dass die "Grande Nation" Frankreich jemals Nicht-Franzosen irgendeine Entscheidung über die Verwendung ihrer Atomwaffen überlässt.

Zusammenfassend: Eine "deutsche Atombombe", wie neuerdings von Hinterbänklern im Bundestag debattiert wird, wird es nicht geben. Stattdessen werden heute bereits jeden Tag Hunderte Drohnen produziert und verbraucht, vor denen sich Deutschland im Ernstfall nicht wirksam wird abschirmen können. Es ist daher im eigenen deutschen Interesse, sich aus dem Konflikt mit Russland vollständig herauszuhalten, jede militärische Unterstützung für die Ukraine einzustellen und ausschließlich auf diplomatische Bemühungen zu setzen.

Wie eine neue europäische Friedensordnung aussehen könnte und was Sergei Lawrow dazu sagt und vorschlägt, werden wir in einem eigenen Artikel in den kommenden Tagen analysieren.

Warum der aktuelle Standpunkt Europas Friedensverhandlungen mit Russland unmöglich macht

1 Okt. 2026 08:44 Uhr

Von Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke

In Teil 1 haben wir analysiert, warum eine militärische Eskalation in Europa ganz besonders für Deutschland einer existenziellen Katastrophe gleichkommt, und

steht es um ihre Chancen in der aktuellen Realität?

Am 19. Juni 2026 veröffentlichte der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, einen Artikel mit dem Titel "Die Ukraine, Europa und die globale Sicherheit", der bemerkenswert die aktuelle Situation und gewisse Ausblicke darstellt. Dieser Artikel war ursprünglich zur Veröffentlichung in der europäischen Zeitschrift *Politico Europe* vorgesehen, sie wurde jedoch in letzter Minute durch eine Entscheidung der Redaktion abgesagt.

Eine sprachlich pointiertere, demnach inoffizielle deutsche Übersetzung mit fließender Kommentierung befindet sich in der Internet-Publikation: Indepnews Europe Newsletter, vom 26. Juni 2026.

> In Lawrows Artikel ist ein Befund abzulesen, der in der deutschen Öffentlichkeit in seiner Härte nicht bekannt ist und vermutlich auch keine mehrheitliche Zustimmung fände: Insgesamt geht es bei dem Ukrainekrieg offenbar um rüstungswirtschaftliche Interessen des Westens, insbesondere um die unbegrenzte Verlängerung des Krieges in Form eines Rüstungswettlaufs, den Russland gegen den kollektiven Westen nicht gewinnen kann, jedoch vorerst mitzumachen gezwungen ist.

Sanktionen behindern zu können sowie ca. 200 Mrd. Euro russisches Staatsvermögen, das sich in westlichen Ländern befindet, an die Ukraine zu übertragen. Weil diese Sanktionen nicht vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurden, sind sie völkerrechtswidrig! Somit ist der Entzug russischen Eigentums Diebstahl, also kriminell.

Die Aufrichtigkeit westlicher Gesprächsangebote bezweifelt Lawrow:

"Es stellt sich die Frage, weshalb die europäischen Staats- und Regierungschefs plötzlich anders reden, von Verhandlungen sprechen und welche Ziele sie mit ihren Erklärungen verfolgen. [...] Europa beabsichtigt, Verhandlungen mit Russland parallel zur Fortsetzung der rechtlichen Aggression zu führen, die über den Europarat betrieben wird. Unter dem Dach dieser einst angesehenen Organisation werden Strukturen geschaffen, um 'Russland zur Verantwortung zu ziehen': ein 'Schadensregister', eine 'Anspruchskommission' sowie ein 'Sondertribunal'."

Der russische Außenminister erinnert weiter daran, dass die EU Festsetzungen von Handelsschiffen auf hoher See "grünes Licht" gegeben hat. Gleichzeitig verschließe der Westen die Augen vor "terroristischen Sabotageakten der ukrainischen Streitkräfte im Schwarzen Meer und im Mittelmeer". Der Beginn echter Friedensverhandlungen wird ohnehin dadurch ausgeschlossen, dass die Ukraine und ihre Unterstützer (die "G3") unannehmbare, kapitulationsgleiche

Aber möchte man in den europäischen Hauptstädten wirklich "möglichst rasch" einen Waffenstillstand in der Ukraine erreichen? Ist nicht eher das Gegenteil der Fall: möglichst langsam?

"Er hat einen Text vorgelesen" – Lawrow über das Treffen mit Wadephul

Die Frontlinie ist seit Jahren eingefroren, allein durch das "gläserne Gefechtsfeld" und die nachtsichtfähigen Drohnenschwärme. Die "Front" ist inzwischen ein dutzende Kilometer breiter Streifen ohne Großverbände, eine "Grauzone". Darin befinden sich verstreut nur kleine Soldatengruppen, in dem dauernden Versuch, das Vordringen gegnerischer Gruppen zu entdecken und zu verhindern, sich aber gleichzeitig vor der eigenen Entdeckung durch Drohnen zu verstecken, am sichersten noch in den Trümmerlandschaften ehemaliger Siedlungsgebiete.

Hunderte Drohnen werden pro Tag verbraucht. Mit einem Waffenstillstand wäre dieses Geschäft tot wie auch Fernwaffengeschäfte, wo "Precision Deep-Strike"-Projekte in Westeuropa jetzt erst richtig Fahrt aufnehmen. Aus westlicher Sicht also: bloß keinen Waffenstillstand!

Bei den westlichen Industriekriegen (beginnend mit Korea- und Vietnamkrieg) geht es nicht um militärischen Sieg, sondern um Rüstungsumsatz. Es hat

2024 ist offizielles Etappenziel der Bundesregierung "kriegstüchtig bis 2029", wie die *Tagesschau* am 24. September 2025 rückblickend bilanzierte. Dann nämlich soll Russland angeblich entschlossen und in der Lage sein, Westeuropa anzugreifen.

Lawrow weiter:

"Es ist allgemein bekannt, dass die europäischen Eliten ihr 'politisches Kapital' in die Konfrontation mit Russland investiert und Hunderte Milliarden Dollar für die Unterstützung des Kiewer Regimes sowie für den Ausbau der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO aufgewendet haben. Bis zum Jahr 2030 soll in Europa die notwendige 'Einsatzbereitschaft' für einen Konflikt mit Russland erreicht werden. Bis dahin versucht man, mit verschiedensten Mitteln Zeit zu gewinnen."

Die genannten Mittel in astronomischer Höhe wurden der westeuropäischen Zivilgesellschaft entzogen und an Profiteure aus Waffenindustrie und Finanzinstituten geleitet oder als Betriebskosten des ukrainischen Staates verbraucht. Welcher

statt an der Front auf dem Schwarzmarkt gelandet, um künftig fenstergenauen Fernterrorismus neuen Stils möglich zu machen?

Meinung

Steinmeier will "europäische Sicherheit gegen Russland" – Nichts anderes trieb er all diese Jahre

Lawrow: *"Das geeinte Europa träumt weiterhin von Expansion. Es beabsichtigt, die Ukraine und Moldau in seinen Einflussbereich einzubinden, zieht Armenien in seine Umlaufbahn. Die NATO hat sich nach Osten erweitert und Finnland sowie Schweden aufgenommen. Die Ukraine wird als 'Stoßfaust' der künftigen europäischen Streitkräfte betrachtet, die unabhängig von den USA und der NATO agieren sollen. Diese Entwicklung birgt erhebliche Risiken für die globale Sicherheit, da eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland rasch in einen Austausch von Nuklearschlägen mit katastrophalen Folgen eskalieren könnte."*

Lawrows Feststellung ist naturgemäß nach wie vor richtig: Die Schadensfläche der einzelnen Atomwaffe ist mindestens Totalzerstörung in einem Schadenskreis von Kilometern Durchmesser. Sowohl die USA als auch Russland haben mit je rund 5.000 Sprengköpfen zehnmal mehr Atomwaffen als jeder der sieben weiteren Atomwaffenstaaten unter den 193 Staaten der Welt. Die Folge wäre, dass im Kriegsfall der Kontrollverlust bereits auf einer Konfliktseite – etwa durch Ausfall wichtiger Kommunikation – unvermeidlich in eine ungeordnete Eskalation

"Gleichzeitig unterstellen politische und militärische Entscheidungsträger in Europa Russland angeblich aggressive Absichten, die sich angeblich nicht auf die Ukraine beschränken. Der Präsident Russlands hat mehrmals erklärt, dass es sich dabei um Unsinn, eine Provokation und Desinformation handelt, die darauf abzielt, zusätzliche Haushaltsmittel für den Kampf gegen Russland zu erhalten. Dies ist keine Grundlage, auf der sich substanzielle Verhandlungen gleich welcher Art führen lassen."

Das ist absolut plausibel: Russland hat ausreichend Fläche, es hat ein Riesenproblem mit seiner unfreiwilligen Rolle als Feindbild der USA seit 1946, und Russland hat aus dem Ukrainekrieg die Erfahrung, dass mangels anderer Kriege in Europa die gesamte westeuropäische Waffenindustrie nur darauf lauert, dass ein russischer Soldat einen Fuß über die Grenze nach Westen setzt, um dann zusätzliche Haushaltsmittel für das Hochfahren der Produktionen zu erhalten.

Im Rahmen des westlichen Narrativs über den Ukrainekrieg ist der Nutzen

die – zwangsweise verlogene – Propaganda mit Schreckensbildern eines unendlich grausamen, aggressiven und expansiven Feindes. Die westliche Erzählung dazu sagt: Wenn also der zum Feind erklärte Präsident Russlands heute irgendetwas sagt, dann kann das nur gelogen sein, denn der Wahrheit verpflichtet sind die westeuropäischen Politiker.

Meinung

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit? In der EU nicht für oppositionelle Ukrainer

So verdreht es die westliche Kriegs-Propaganda täglich über Zeitungen, Radio und Fernsehen. Wenn das dann so oft kommt, dann muss da ja etwas dran sein, denkt sich eine monoton und sachlich schlecht informierte Bevölkerung. Jetzt geht es aber um massive Aufrüstung, also um zusätzliche Haushaltsmittel. Ohne Feindbild als Werbeargument für Rüstungskäufe geht das nicht. Russland hat das geografische Pech, dass sich aus der europäischen Sicht kein anderer Staat weit und breit als Feindbild für Industriekriege eignet.

Das Problem ist die Glaubhaftigkeit des Feindbildes. Russische Positionen sind zumeist sachlich begründet, einsichtig und rational nachvollziehbar. In der geistigen Auseinandersetzung mit ihnen wird das westliche Feindbild unglaubwürdig, zumal das westliche Narrativ stark irrationale Elemente enthält. Deshalb muss die westliche Propaganda das Feindbild Russland dauernd

russischen Medien ist in Deutschland gesperrt. Durch die Verweigerung von Sendelizenzen wird die laut Grundgesetz garantierte Informations- und Meinungsfreiheit verletzt, um den Anschein von Demokratie zu bewahren.

Eine andere Ebene sind diplomatische Verhandlungen. Regierungsnahe deutsche Politiker, teilweise mit großer Eloquenz, geben die westliche Vorgabe "Russland muss einfach nur kapitulieren, dann ist alles gut" stoisch wieder. Da diese Personen vielfach und maßgeblich an internationalen Verhandlungen teilnehmen, sind von der deutschen Regierungsebene "substanzielle Verhandlungen" nicht zu erwarten.

Die Position Russlands zu Verhandlungen umschreibt Lawrow so:

"Was Verhandlungen betrifft, so lehnen wir (wie Wladimir Putin erneut auf dem Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum betonte) Kontakte mit niemandem ab. Wir betrachten jedoch Europa als eine Konfliktpartei, die am Sieg über Russland interessiert ist; die Europäer selbst positionieren sich offen genau in dieser Rolle. Dementsprechend kann der Dialog mit Europa nicht so geführt werden, als wäre es ein unparteiischer außenstehender Beobachter."

Der von Lawrow zu Europa angegebene Negativeindruck drängt sich in der Tat auf, wenn man auf die Führungseliten in Europa blickt, die weithin mit den Rüstungsindustrien verbandelt sind: Amtlicherseits ist Europa tatsächlich kein

Kommunikationsansätze, zwischen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) oder auch als Vermittler zu Regierungsstellen. Hierfür würde sich auch der Deutsche Friedensrat eignen.

Meinung

Lanz lügt wieder: "Putin drehte Deutschland 2021 den Gashahn zu"

Europäische Staaten, führend Deutschland, sind durch militärische Industriekooperationen mit der Ukraine sogar operative Kriegsparteien auf ukrainischer Seite geworden. Da Russland Deutschland nicht angegriffen hat, dürften russische Angriffe auf entsprechende Einrichtungen in Deutschland legale Kriegshandlungen im Rahmen russischer Selbstverteidigung sein. Das Gleiche gilt für militärische US-Einrichtungen, denn auch die USA sind solche operative Konfliktpartei, indem sie einseitig der Ukraine aktuelle Zieldaten aus Satellitenbildern und luftgestützten Radarbeobachtungen liefern.

Das für die derzeitigen Aussichten einer Verhandlungslösung vernichtende Fazit von alldem zieht Sergei Lawrow selbst – und zeigt zugleich einen Weg, der aus der aktuellen Sackgasse hinausführen könnte. Darauf werden wir im dritten Teil unserer Artikelreihe eingehen. Hier zunächst die Worte des russischen Außenministers:

"Entscheidend ist, dass für einen substanziellen Dialog das Vertrauen zerstört wurde. Vertrauen kann nur durch konkrete praktische Schritte zurückgewonnen werden, die glaubhaft belegen, dass die Diplomatie nicht länger als Deckmantel für die Verwirklichung expansionistischer Ziele missbraucht wird."

Mehr zum Thema – Gibt es noch ein positives Szenario für Deutschland und Europa?

Der schlafende Souverän: Ostdeutschland als Schlüssel zum Frieden in Europa

9 Okt. 2026 06:00 Uhr

Wer sind die zwei aus "Zwei-plus-vier" und wo ist der zweite hin? Im dritten Teil ihrer Analyse geben Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke eine Antwort, die viele überraschen wird. Sie könnte zugleich auch die übersehene Tür aus der ausweglosen Sackgasse sein, in die Europa und Deutschland sich hineinmanövriert haben.

Von Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke

Teil 2 unserer Analyse endete mit diesem Zitat aus dem durch *Politico* abgelehnten Grundsatzartikel des russischen Außenministers Sergei Lawrow:

"Entscheidend ist, dass für einen substanziellen Dialog das Vertrauen wiederhergestellt werden muss, das durch die antirussischen Handlungen des Westens und Europas als dessen Bestandteil in der Zeit nach dem Kalten Krieg zerstört wurde. Vertrauen kann nur durch konkrete praktische Schritte zurückgewonnen werden, die glaubhaft belegen, dass die Diplomatie nicht länger als Deckmantel für die Verwirklichung expansionistischer Ziele missbraucht wird."

Meinung

Die größten Bedrohungen unserer Zeit erfordern komplexe Lösungen

Die alles entscheidende Frage für den Frieden auf unserem Kontinent ist nun, wie konkret das verlorengegangene Vertrauen wiedergewonnen werden kann. Ein unerwarteter Gedanke: Wäre vielleicht Ostdeutschland der am nächsten liegende Beginn für den beiderseitigen Wiederaufbau?

Ostdeutschland – der schlafende Souverän

Historisch bedingt unterscheidet sich Deutschland in den mehrheitlichen Einstellungen zu Fragen zum Militär von anderen Staaten. Innerhalb Deutschlands besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen West (80 Prozent der Bevölkerung) und Ost (20 Prozent der Bevölkerung), durch 45 Jahre (mindestens drei direkt beteiligte Generationen) lang divergente gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands bedingt.

Dies ist essenziell für die Sichtweisen zum Ukrainekrieg: in Westdeutschland starke Russophobie und Akzeptanz des regierungsamtlichen Narrativs, in

Ostdeutschland geringe Russophobie bis (zumeist durch DDR-Lebensläufe bedingte) Russophilie und zudem verbreitete Skepsis gegenüber der regierungsamtlichen Erzählung.

Letzteres ist zu erkennen an hohen Wählerstimmenanteilen für eine neue Partei (AfD), die laut Programm Waffenlieferungen in die Ukraine ablehnt und mit Delegationen an regierungsnahen Veranstaltungen in Russland teilnimmt, beispielsweise 2026 am Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg. Allerdings steht zu befürchten, dass die AfD in dieser Frage auch wieder umschwenken könnte, sobald sie an der Macht ist und sich der Atlantiker – also der Westflügel – durchsetzt. Es ist kein Verlass auf einen nachhaltigen Standpunkt, wenn der einzige Grund für eine Kooperation mit Russland darin besteht, billiges Öl und Gas zu erhalten. Gleichfalls ist es nicht klar, ob diese Forderungen auch nur zum Erhalten von Wählerstimmen aufgestellt wurden.

So ist das BSW wahrscheinlich zuverlässiger in seinen Standpunkten. Hier ist es eher fraglich, ob sich das BSW von seinen letzten internen Fehlern noch erholen kann, oder/und aus Gründen von Opportunismus ebenfalls umschwenken könnte. Durch diesen Opportunismus, für den Preis, mitregieren zu können, ist letztlich auch die LINKE schwammig in ihren Haltungen geworden.

> Die ostdeutsche Bevölkerung ist in ihrer breiten Mehrheit Russland gegenüber, selbst in diesem Konflikt, positiv aufgeschlossen. Allerdings ist sie im Rahmen Gesamtdeutschlands von den Schalthebeln weitestgehend verbannt, weswegen hier zurzeit alles langsam abläuft. Dennoch sollte sich die russische Führung darauf verlassen, hier Verbündete zu finden, mindestens aber auf großes Verständnis zu treffen. Wie die letzte Wahl in Ostdeutschland zeigt, kann man mit der Forderung "Frieden mit Russland" Wahlen gewinnen. Es gibt also noch eine gewisse Verlässlichkeit hinsichtlich der ostdeutschen Bevölkerung, auf Verständnis oder gar Solidarität zu stoßen.

Meinung

Eine Botschaft aus Sachsen-Anhalt: Mit Angst vor Russland lassen sich Wahlen nicht drehen

Ostdeutschland hat derzeit das Problem, dass, auch infolge der Wirtschaftssanktionen, zivile Industrien schließen und von externen Rüstungsunternehmen übernommen werden, sodass das Land das "Schmuddel-Image" einer verlängerten Billig-Werkbank für Waffen und Munition entwickelt, gegen die Tradition der DDR, die in den 40 Jahren ihres Bestehens in keinen Krieg verwickelt war. Im Übrigen liegt das Lohnniveau in Ostdeutschland auch 35 Jahre nach der Vereinigung bei 80 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Russland hat Rechte aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag

Als einziger Rechtsnachfolger der Sowjetunion hat Russland Rechte aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag: das Recht, eine deutsche Verfassung zu verlangen, die den Vorstellungen von 1990 gerecht wird, was im Übrigen auch eine Forderung des Grundgesetzes GG, Artikel 146, zur Wiedervereinigung selbst ist. Und

Russland hat das Recht, sichergestellt zu wissen, dass sich auf ostdeutschem Boden unter gar keinen Umständen nicht-deutsches Militärpersonal und -material aufhält.

Im fünften Jahr des Ukraine-Krieges wächst überall in Deutschland und Europa Unwillen über die dauernden Meldungen, wie viele Milliarden Euro wieder an Selenskij geflossen sind, als geborgtes Geld, das teils auch deutsche Kinder und Enkel mit Zinsen an die Banken zurückzahlen müssen. Dazu kommen die laufenden Mahnungen der Bundesregierung: Wenn wir nicht genügend aufrüsten, werde Russland ab 2029 Westeuropa angreifen.

Meinung

Souveränität, Neutralität, Kultur: Deutschland – fremdbestimmt ruiniert

Die in Westeuropa über Jahre wohlwollend gesehene Unterstützung hat die Ukraine vermutlich überstrapaziert, unter anderem jüngst durch den gezielten nächtlichen Angriff auf ein Studentenwohnheim im Donbass mit 21 Toten im Mai 2026 und ihre massenhaften Terrorangriffe gegen mehr als 150 internationale Handelsschiffe im Schwarzen Meer im Juli 2026. Beides ging aus normaler Bürgersicht entschieden zu weit.

Daher bedarf es keinerlei Zurückhaltung, bei einer derart aggressiv wirkenden

Bundesregierung (siehe Schließung des russischen Generalkonsulates in Bonn und des Russischen Kulturhauses in Berlin), die der Russischen Föderation gegebenen Rechte aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag einzufordern!

Ministerpräsidenten der fünf "neuen" Länder als Dienstaufsicht gegenüber dem Kanzler

Ministerpräsidenten könnten für Ihre Länder die völkerrechtswidrigen EU-Sanktionen aufheben und den Weg ebnen, neue Handelsbeziehungen mit Russland aufzubauen. Gleichzeitig würden die Ländergrenzen auch zu Grenzen gegen den Weitertransport von Material und Soldaten, was hoheitlich von der Länderpolizei oder/und zusätzlich durch zivile Blauhelme oder gar dafür eingeladene zivile russische Kräfte geschützt würde.

Im Klartext hätten die fälligen Besprechungen zwischen den Ex-DDR-Bundesländern und Russland betreffend den Zwei-plus-Vier-Vertrag eine einfache Tagesordnung: Aus der DDR wurden fünf Ex-DDR-Bundesländer, die in Bezug auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag als Rechtsnachfolger der DDR prinzipiell gemeinsam für ganz Deutschland, aber gemäß der ostdeutschen Sonderstellung im Vertragstext jeweils einzeln für ihre Landesgebiete für die Einhaltung des Vereinbarten zu sorgen haben, insbesondere Artikel 5 Absatz 3 mit

Protokollnotiz vom 12. September 1990. Die Brüche des Zwei-plus-Vier-Vertrags verletzen die Sicherheitsinteressen Russlands, was bei deutscher Fortsetzung der Vertragsbrüche Russland – nach ggf. einem Vorritual im UN-Sicherheitsrat – zu legaler Selbstverteidigung gegen Deutschland berechtigt.

Meinung

Warum die Kündigung des 2+4-Abkommens keine gute Idee ist

Russland hat 2024 versucht, in der Frage der Zwei-plus-Vier-Vertragseinhaltung am Beispiel CTF Baltic in Rostock diplomatisch ein Einvernehmen zu erzielen, das leicht möglich gewesen wäre, indem die Bundeswehr das CTF Baltic beispielsweise nach Lübeck oder Kiel verlegt. Die Bundesregierung hatte aber die russische Beschwerde ohne Bemühung um ein Gespräch pauschal zurückgewiesen. Damit ist Russland also gezwungen, sich an die Rechtsnachfolger der DDR zu wenden, die von der DDR diese Verpflichtung "geerbt" haben – in diesem Punkt als völkerrechtliche Dienstaufsicht über die Regierung des vereinten Deutschlands –, für die Vertragseinhaltung zu sorgen. Sinngemäß die Forderung an die ostdeutschen Landesministerpräsidenten:

"Entweder kümmert Ihr Euch um die Sache, notfalls mit Euren Landespolizeien, oder wir sind gezwungen, mit militärischen Mitteln die Vertragsbrüche zu beenden, was naheliegend durch Punktangriffe gegen einige Ziele auf Eurem Gebiet passieren müsste. In diese Zwangslage wollen wir aber nicht gebracht werden. Der Ball liegt auf Eurem Feld. Wir haben doch früher bei Krisen in der Besatzungszeit immer miteinander eine Lösung gefunden."

Hier läge es als vertrauensbildende Maßnahme auf der Hand, dass die fünf Ex-DDR-Landesregierungen zivile Vertreter Russlands, also beispielsweise Beauftragte der russischen Botschaft, einladen, die Einhaltung des Zwei-plus-Vier-Vertrags als Beobachtermission vor Ort zu kontrollieren.

Es ist zu vermuten, dass zivile russische Aktivitäten wie Gespräche und Kooperationen betreffend Ostdeutschland dort in der Bevölkerung überwiegend positiv gesehen werden. Bei den fünf Ex-DDR-Landesregierungen ist hingegen damit zu rechnen, dass sie sämtlich unter ihrer Abhängigkeit von bundesseitigen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich Konflikte mit der Bundesregierung vermeiden wollen. Diese Drucksituation dürfte sich in einem solchen Bundesland ändern, wenn die Landesregierung, beispielsweise durch den (mit Blick auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag rechtlich denkbaren) eigenentschiedenen Ausstieg aus den völkerrechtswidrigen EU-Wirtschaftssanktionen, bei Schaffung von Arbeitsplätzen durch Osthandel, wieder ermöglicht und dadurch die eigene Popularität steigern kann.

Dabei ließe sich an frühere Wirtschaftsverbindungen anknüpfen. Zwangsläufig verbunden mit solcher Neuorientierung wäre eine Gesprächsbasis der fünf Ex-DDR-Bundesländer mit Russland, die natürlich nur auf einer Vertrauensbasis funktionieren kann. Für die Praxis unter bundesseitig verhängten Reisebeschränkungen wären Videokonferenzen ein sachgerechter Ersatz.

Das Ziel: Eine gesamteurasische Sicherheitsarchitektur

Lukaschenko: Massive militärische Aggression ist demonstrativ zurückgekehrt

Es dürfte unstrittig sein, dass Deutschland in der Auseinandersetzung Russland-Westeuropa rein geografisch eine Schlüsselrolle spielt: Würde sich Deutschland aus der Rolle in G3 ausklinken, hätte dies dämpfende Wirkung auf den Ukraine-Konflikt. Dies gilt aber mit fast gleicher Wirkungskraft bereits für Ostdeutschland: Allein durch Durchsetzung des Zwei-plus-Vier-Vertrags von 1990 wäre dieses Gebiet für nicht-deutsche Militäraktionen gesperrt, hätte also seine Rolle als Flugzeugträger oder Rollbahn verloren. NATO und EU müssten alternative Lieferwege in die Ukraine nutzen (Ostsee, Tschechien), die aber weniger leistungsfähig als die Autobahnen und Schienentrassen in Ostdeutschland sind.

Hinsichtlich einer Forderung (wie etwa im Deutschen Friedensrat e. V. verfolgt) des militärfreien Ostdeutschlands (Frieden statt Sicherheit, Bildung ist die beste Verteidigung) ist zu berücksichtigen, dass in diesem Punkt keine Symmetrie mit Russland erwartet werden kann. Ostdeutschland hat an seinen Grenzen keine Feinde, ist durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag auf nur deutsches Militär beschränkt, wobei die vorgesehenen Bundeswehr-Territorialeinheiten, bestehend aus Reservisten, problemlos abgeschafft werden können, am besten einem Keim der Kristallisation für eine künftige gesamteuropäische Friedensordnung (eurasisch oder euro-atlantisch orientiert).

Russland strebt genau das – eine übergeordnete neue Friedensordnung – an. Bekräftigen wir dies mit einem weiteren Lawrow-Zitat:

"Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen begreifen, dass jenes Modell der regionalen Sicherheit, das in Europa seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 über Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurde, durch ihr eigenes Handeln zerstört worden ist. Eine Rückkehr zu diesem Modell wird es nicht geben. Nun gilt es, auf die Schaffung einer gesamteurasischen, allen Staaten Eurasiens offenstehenden Sicherheitsarchitektur hinzuarbeiten, die den multipolaren Realitäten der Gegenwart entspricht. Das in den euroatlantischen Konstruktionen mit Füßen getretene Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit kann in einer neuen eurasischen Architektur verwirklicht werden. Sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind, kann sich auch Europa an dieser großen Arbeit beteiligen."

Auch diese Perspektive erhält vermutlich mehrheitliche Zustimmung in Deutschland. Frieden (passiv) ist das Gegenteil von militärischer Sicherheit (aktiv). Die Menschen wollen Frieden.

Ostdeutschland mit seiner "schlafenden"
Souveränität als Unterzeichner – und Verpflichteter –
des Zwei-plus-Vier-Vertrages könnte der erste

Moskau: Berichte über mögliche Entwicklung von Atomwaffen durch Deutschland nicht unbegründet

Baustein dieser gesamteurasischen Sicherheitsarchitektur werden. Unser Appell an Russland: Nehmt den direkten Kontakt mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten auf oder beauftragt Mittler, über die Einhaltung des Zwei-plus-Vier-Vertrages zu verhandeln. Die Ohren werden sich öffnen, denn keiner hier will die Eskalation so weit treiben, dass am Ende doch noch die Brücken über die Oder beschossen oder anders zerstört werden.

Auf keinen Fall aber sollte Russland sich in die Falle eines Atomschlages locken lassen, denn nichts Erwünschteres könnte Russland der westlichen und der USA-Propaganda sowie der Waffenindustrie zum Geschenk machen. Der militärische Effekt wäre ein Brandfleck, der kulturelle Effekt über mehrere Generationen dauernde Aversion, jedes Jahr Gedenkfeiern für die Toten und Strahlenopfer. Und keiner gedenkt dann mehr der Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki 1945, während die USA mit den Fingern von sich weg zeigt und sagen kann: "Seht, wir sind da doch nicht die Schlimmsten".

Mehr zum Thema – Merz greift zum letzten Trumpf: Auch die Deutschen würden zur Zielscheibe der Russen

Warum Deutschland eine neue Verfassung braucht

15 Okt. 2026 19:00 Uhr

Im vierten, damit letzten Teil ihrer Analyse eines Artikels des russischen Außenministers Sergei Lawrow vom Juni 2026 erklären Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, warum und was die (neue) Deutsche Verfassung leisten muss.

Von Gerhard Emil Fuchs-Kittowski und Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke

Teil 3 unserer Analyse befasste sich mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag mitsamt Verbot der Anwesenheit nichtdeutschen Militärs in Ostdeutschland. Besonders ist dabei die Rolle der fünf Ex-DDR-Bundesländer als Rechtsnachfolger der Vertragspartei DDR. Sie sind Wächter des Zwei-plus-Vier-Vertrags, die Dienstaufsicht über die Bundesregierung!

Der Vertrag verlangt seit 1990, dass dem vereinten Deutschland auferlegte Verpflichtungen in einer Verfassung festgeschrieben sein müssen. Das demokratisch mangelhafte Grundgesetz (GG) verlangt in Artikel 146 selbst, nach einer Wiedervereinigung eine neue Verfassung zu schaffen.

Ein paar Minuten Geschichte

Nach 1945 waren die vier deutschen Besatzungszonen fremdgesteuerte Militärdiktaturen. In den drei Westzonen hatten die USA das Sagen. Für die US-Regierung ging es darum, auch im Frieden die US-Rüstungsproduktion auf Kriegsniveau weiterlaufen zu lassen – dafür brauchte man neue Feindbilder.

Analyse

Kriege der Zukunft: Es ist technisch unmöglich, Deutschlands Luftraum zu verteidigen

Man entschied 1946: Die Sowjetunion soll das neue Feindbild sein. Begründende feindliche Handlungen der Sowjetunion gab es nicht – es dienten die innenpolitischen Schreckensbilder "Stalin-Diktatur" und "Kommunismus" sowie unbegründete Behauptungen von sowjetischen Expansionsabsichten als Vorwände. Das Besatzungsgebiet Westdeutschland zeigte sich bestens geeignet als Brückenkopf für die US-Aufrüstung gegen den angrenzenden sowjetischen Herrschaftsbereich.

Mit der "Währungsreform" 1948 erfolgte gegen sowjetischen Widerstand ("Berlin-Blockade" 1948/49) die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Zusammen mit der US-Wirtschaftshilfe bewirkte dies bei der westdeutschen Bevölkerung die Akzeptanz der USA als "Schutzmacht": Die Luftbrücke erwies sich als Propaganda-Coup, der die anglo-amerikanischen Städtebombardierungen vergessen machte.

Allerdings war Widerstand zu erwarten gegen die erneute Militarisierung des Landes, während sich noch tausende Deutsche in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden. Deshalb organisierten die USA 1949 die Westzonen als Separatstaat: Bundesrepublik Deutschland (BRD), formell als

Demokratie mit der Behelfsverfassung Grundgesetz. Die Deutschen sollten sich um Innenpolitik kümmern dürfen, sie durften aber nichts zu Außenpolitik oder Militärfragen zu sagen haben, weshalb eine Volksabstimmung auf Bundesebene ausgeschlossen ist.

Analyse

Warum der aktuelle Standpunkt Europas Friedensverhandlungen mit Russland unmöglich macht

Der zweite deutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik (DDR), einen Monat nach der BRD gegründet, nannte seine Gesetzesbasis von Beginn an "Verfassung". Da das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem stark von deutschen Traditionen abwich, unterschied sich die DDR-Verfassung auch grundlegend vom GG.

Die vom sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow ab 1985 in der Sowjetunion versuchte Liberalisierung führte auch in der DDR 1989 zu den wöchentlichen "Montagsdemonstrationen" und zur Öffnung der Berliner Mauer. Die erneuerte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow betrieb die Demokratisierung, mit neuen Parteien, marktwirtschaftlichen Elementen, einem pluralistischen Bürgerrat "Runder Tisch" und für März 1990 angesetzten freien Parlamentswahlen.

Nach vierzig Jahren Distanz kam es zu einer Annäherung zwischen BRD und DDR, trotzdem wollten 71 Prozent der DDR-Bürger die staatliche Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik erhalten. So bot Hans Modrow dem BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1989 eine Vertragskonföderation DDR-BRD an.

Drei Wochen zuvor hatte Kohl seinen mehrjährigen Plan einer deutschen Vereinigung verkündet. Binnen Tagen (am 4. Dezember 1989) hatte US-Präsident Bush diese Eigenmächtigkeit Kohls vom Tisch gewischt, mit der Weisung, BRD und DDR schnellstmöglich zu vereinen – im Rahmen der NATO und deren erster Osterweiterung ins Herrschaftsgebiet der angeschlagenen Sowjetunion. Ersichtlich ist dies aus dem Gesprächsprotokoll eines schnell anberaumten Treffens Kohls mit Bush in Camp David am 24. Februar 1990.

Kohl gehorchte. Mit einem DDR-Ableger seiner CDU mischte er sich in den DDR-Wahlkampf ein. Den Bürgern dort versprach er "blühende Landschaften" mit der "D-Mark" als künftiger Währung. Die westliche Falschbehauptung "DDR zahlungsunfähig" war sachlich falsch, schien aber glaubhaft. Dahinter blieb die demokratische DDR-Revolution der Modrow-Regierung unsichtbar. Die damals erarbeitete, aber nicht mehr in Kraft gesetzte DDR-Reformverfassung ist demokratischer als das GG. Sie hätte als Grundlage für die deutsche Verfassung wenigstens diskutiert werden können, blieb aber in der Schublade.

Kohls CDU brachte es im März 1990 auf erstaunliche 48 Prozent. Die DDR-SPD schaffte nicht einmal die Hälfte, beteiligte sich aber an der Regierungskoalition unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU).

Meinung

Uni Leipzig bekommt ein Zentrum "für Transformationsforschung" Wie klappt Deindustrialisierung?

Kohl deutete das Wahlergebnis, wahrheitswidrig, als Bürgerauftrag für den "Beitritt" der DDR zur BRD. Binnen sechs Wochen überschrieb die neue Regierung das DDR-Staatsvermögen an die BRD. Die Behörde "Treuhand" verkaufte (verschleuderte) DDR-Betriebe an Private.

95 Prozent aller Werte gingen an die BRD und ans Ausland. Im Kolonialstil schlachteten die neuen Eigentümer die DDR-Wirtschaft aus. Ebenso zerstörerisch wirkte das neue Geldsystem. Für die privaten Konten der DDR-Bürger war es kurzfristig ein Segen, für die Betriebe dagegen waren die alten Verrechnungswerte bei der DDR-Staatsbank zu Schulden in harter Währung geworden, zum Fahrschein in die Insolvenz.

So wurde Ostdeutschland binnen Monaten deindustrialisiert. Ein Drittel der Bürger verlor den Arbeitsplatz. Zu Straßendemonstrationen fanden die Menschen in ihrer Not nicht mehr die Kraft. Allerdings bewirkte der koloniale Umgang der BRD mit der DDR nach 1989 eine wirtschaftliche, aber auch geistige Spaltung zwischen West- und Ostdeutschland, wie sie zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten vorher nicht bestanden hatte.

Am 3. Oktober 1990 entstand durch Verschmelzung von BRD, DDR und der Viermächtestadt Berlin das "vereinte Deutschland". Kohl konnte Bush den Vollzug der Weisung melden: Ostdeutschland ist NATO-Gebiet.

Warum nicht das Grundgesetz als deutsche Verfassung?

Das vereinte Deutschland übernahm das BRD-Grundgesetz. Dessen Schlussartikel 146 fordert die Deutsche Verfassung, ebenso wie der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Das GG hat schwerwiegende Demokratiedefizite, darunter fehlende Volksabstimmung und fast beliebig erlaubte "Nebentätigkeiten" der Abgeordneten als Einladung zur Korruption. Abgesehen von einem Wahltag alle vier Jahre haben die Bürger keinerlei Möglichkeit, Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Das Wahlergebnis ist jeweils eine nicht transparente Parteienkoalition. Welche Kräfte und Interessen hinter den Parteien stehen, bleibt der Öffentlichkeit verborgen.

Seit 2022 sind die sozialen Probleme in Deutschland angewachsen, offensichtlich die Folge immenser Geldabflüsse in die Ukraine. Nach über drei Jahrzehnten der deutschen Vereinigung wird an Wahlerfolgen neuer Parteien eine wachsende Ernüchterung der deutschen Bürger deutlich. Diese Wahlerfolge, besonders in Ostdeutschland, beruhen offenbar auf der Hoffnung der Menschen auf bessere Lebensverhältnisse durch diese neuen Parteien. Dass Mängel des GG einen Einfluss haben könnten, sieht kaum jemand.

Ost und West im Vergleich: Historiker warnt vor anhaltenden Gegensätzen

Unter den neuen Parteien verzeichnet besonders eine erstaunliche Erfolge, so dass sie voraussichtlich 2026 erstmals in einem ostdeutschen Bundesland in Regierungsverantwortung kommen kann. Von dort werden Forderungen laut, die Waffenlieferungen in die Ukraine einzustellen und aus den EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland auszusteigen. Dies, verbunden mit anstehenden Diskussionen über die Einhaltung des Zwei-plus-Vier-Vertrags, verspricht interessante Bewegungen.

Deutsche Verfassung als Sperre gegen den Weg in die Diktatur

Einst bot die Weimarer Verfassung der Nazi-Partei legal den Weg in die Regierung. In gleicher Weise erlaubt auch das GG neuen Parteien diesen Weg, zumal es der Bundesregierung erlaubt, widerständige Landesregierungen zu entmachten. Hinzuzurechnen ist als illegaler, aber realer Machtfaktor die Korruption, die auch bei der "Machtergreifung" 1933 eine Rolle spielte.

Um heute auf Bundesebene eine Parteilinie zu ändern oder gefügige Personen an die Regierungsmacht zu bringen, dürfte es ausreichen, eine überschaubare Zahl von Bundespolitikern zu bestechen oder zu erpressen. Wobei Korruption nicht heißen muss, das da jemand mit einem Briefumschlag voller Bargeld kommt, Korruption funktioniert über ganz andere und subtilere Wege.

Prinzipiell ist es also möglich, dass eine Partei zunächst mit einer legalen Programmatik eine Bundestagswahl gewinnt und, an der Regierung angelangt, umschaltet auf eine diktatorische Programmatik, die sie mittels "Fraktionsdisziplin" im Bundestag formell legalisiert. Durch Korruption dürfte externen Kräften solche Umsteuerung in jeder personellen Regierungskonstellation möglich sein, sofern sie über ausreichend Gelder verfügen.

Als wahrscheinlichste Korruptionsquelle dürften Waffenindustrien mit ihren immensen Gewinnen in Betracht kommen. Anfällig wären die sogenannten Altparteien ebenso wie die neuen Parteien. Ein neuer Faschismus käme dann aus der Mitte der Gesellschaft.

Dies ließe sich nur verhindern, indem die Zahl der politisch entscheidungsberechtigten Personen derart vergrößert wird, dass Korruption nicht praktikabel wird. Einerseits wegen der entsprechend steigenden Kosten, vor allem aber durch die Wahrscheinlichkeit, dass Korruption in der Öffentlichkeit durch die Menge der Beteiligten eher bekannt wird und dadurch dann scheitert.

Meinung

Zur Parteitagsrede der Linken-Chefin: Wer die wahren Nazis in Deutschland sind

Ein Hauptweg in eine solche korruptionssichere Situation dürfte darin liegen, dass die Bundesländer die Souveränität über alle Fragen der regionalen Lebensverhältnisse erhalten, einschließlich der – über Volksabstimmung abzusichernden – Entscheidungsmacht über die Frage, ob das Bundesland im Fall einer internationalen Krise militärisch oder gewaltfrei verteidigt werden will (Sicherheits- oder Friedensstrategie). Die regionalen Entscheidungen einer Landeregierung dürfen auf Bundesebene nicht anfechtbar sein. Dies erfordert ein entsprechendes integrales Verfassungssystem mit der Haupt-Souveränität bei den Bundesländern und einer beschränkten Nebensouveränität bei der Bundesregierung, dem Schweizer Staatssystem ähnlich.

Korrekturinstrument Zwei-plus-Vier-Vertrag

Angesichts der tragischen deutsch-russischen Geschichte dürfte unstrittig sein, dass kein Land der Welt ein größeres historisches Recht hat als Russland zu verlangen, dass ein für alle Mal ein bedrohungsfähiges deutsches Militär per Verfassung ausgeschlossen ist!

Über dieses allgemeinhistorische Recht hinaus hat Russland im Zwei-plus-Vier-Vertrag einen direkten Rechtstitel: Der Vertragstext gibt ausdrücklich vor, dass

bestimmte Verpflichtungen aus dem Vertrag (laut der Präambel, den Artikeln 1, 2, 3 und 5, Vereinbarter Protokollnotiz und Gemeinsamem Brief der Außenminister von BRD und DDR) sich in der Deutschen Verfassung wiederfinden.

Die Brisanz dieser Sache ist auch daran zu erkennen, dass von offizieller Seite einerseits immer mehr behauptet wird, der Zwei-plus-Vier-Vertrag sei obsolet, und andererseits 2026 beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestages die Prüfung erfolgte, ob man aus diesem Vertrag wieder aussteigen könne. Wenn der Vertrag "obsolet" wäre, dann bräuchte man nicht aus ihm auszusteigen!

Also hat dieser Vertrag Gültigkeit und Rechtswirkung! Er ist auch nicht von Deutschland kündbar!

Eine Deutsche Verfassung gibt es noch immer nicht. Sie ist aber nach 36 Jahren dringend überfällig, denn die Behelfsverfassung GG ist hochgefährlich ungeeignet, wegen ihrer Parallele zur Weimarer Verfassung in der Offenheit zur Diktatur.

Bundespräsident Steinmeier: Unsere Verfassung kennt keine "Bio-Deutschen"

In Verbindung mit den russisch-ostdeutschen Gesprächen, die die russische Regierung mit den 5 Ministerpräsidenten der neuen ostdeutschen Länder direkt führen sollte, liegt es nahe, dass Russland sein Recht auf eine Deutsche Verfassung mit auf die Agenda nimmt, und zwar nicht nur für Ostdeutschland, sondern für Gesamtdeutschland, egal ob dieses als ein oder als zwei

Rechtsräume verstanden wird.

Die Kombination aus der Einforderung dieser Rechte in Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Ländern, der Aberkennung der ohnehin völkerrechtswidrigen Sanktionen (sie wurden nicht von der UNO verhängt) und dem Wiederhochfahren von Industrien in Ostdeutschland – zum Beispiel in Mukran (Hafen), Schwedt (Benzin) und Eisenhüttenstadt (Stahl) sowie im Bereich des Waggonbaus in Görlitz – bis hin zur Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1 und 2 würde Deutschland einen wirtschaftlichen Schub geben. Die Ministerpräsidenten würden beliebt und wiedergewählt, wegen der neuen Arbeitsplätze und der Sicherung des Friedens. Dies würde die deutsche Bundesregierung zum Kurswechsel zwingen und plötzlich ein sehr positives Bild von Russland erzeugen.

Mehr zum Thema – Vom Winde verweht? – Die "Kanzlerakte" im Wahljahr 2025

Die EU fordert von Raffinerien, sich auf Konflikte vorzubereiten

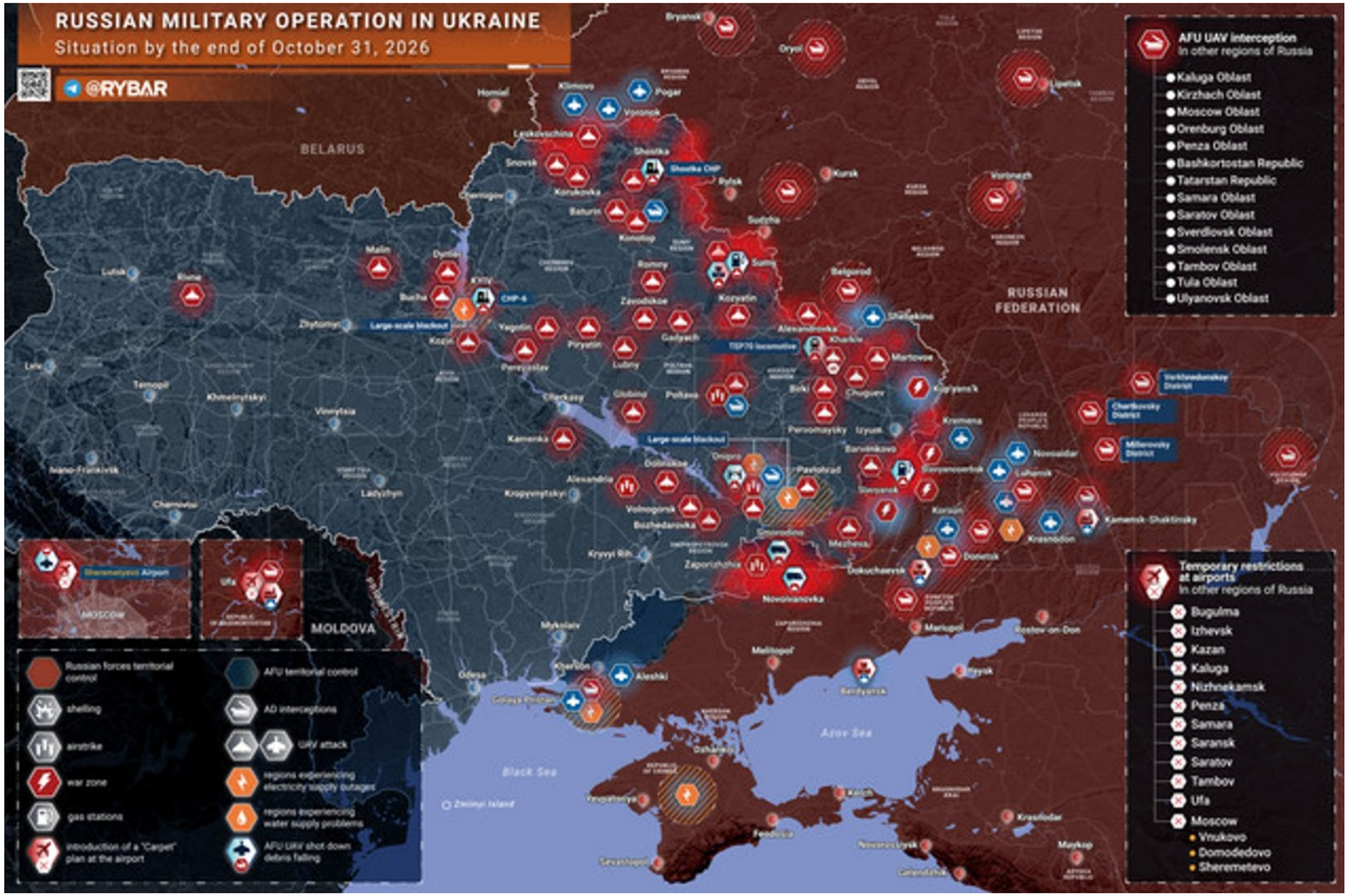
Bei einem Treffen der Energieminister der EU in Luxemburg sprachen Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Italien, Polen und die Slowakei die Notwendigkeit einer langfristigen Strategie zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Raffinerien an.

Das Thema der Raffineriekapazitäten in Europa wurde im Kontext ihrer entscheidenden Bedeutung nicht nur für das Funktionieren der Wirtschaft, sondern auch für die Gewährleistung der Sicherheit militärischer Operationen im östlichen Flankenbereich der NATO angesprochen. Dieser Punkt wird von EU-Kommissar Kubilius im Europäischen Kommissions vertreten. Im Rahmen eines hochrangigen Dialogs mit dem europäischen Raffineriesektor warnte der Politiker, dass Europa bereit sein müsse, die heimische Treibstoffproduktion schnell zu erhöhen, um seine Streitkräfte im Falle eines bewaffneten Konflikts zu versorgen.

Kubilius betonte, dass im Rahmen des neuen NATO-Truppenmodells im ersten Schritt eines potenziellen Konflikts 100.000 Soldaten eingesetzt werden sollen, was auch eine deutliche Erhöhung des Bedarfs an Treibstoff bedeutet. Er forderte die europäische Raffinerieindustrie auf, wettbewerbsfähig zu bleiben und bereit zu sein, hohe Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten.

Der Kommissar forderte auch eine Erweiterung der zentral-europäischen Pipeline-Systeme, die während des Kalten Krieges entstanden sind und in Westeuropa in Betrieb sind.

Lage 31 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 31, 2026
@RYBAR
BELARUS
RUSSIAN FEDERATION
MOLDOVA
Black Sea
Azov Sea
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Kaluga Oblast
Kirzhach Oblast
Moscow Oblast
Orenburg Oblast
Penza Oblast
Bashkortostan Republic
Tatarstan Republic
Samara Oblast
Saratov Oblast
Sverdlovsk Oblast
Smolensk Oblast
Tambov Oblast
Tula Oblast
Ulyanovsk Oblast
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Bugulma
Izhevsk
Kazan
Kaluga
Nizhnekamsk
Penza
Samara
Saransk
Saratov
Tambov
Ufa
Moscow
Vnukovo
Domodedovo
Sheremetevo
Russian forces territorial control
shelling
airstrike
war zone
gas stations
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU territorial control
AD interceptions
UAV attack
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
AFU UAV shot down debris falling

ЗОНА СПЕЦИАЛЬНОЙ ВОЕННОЙ ОПЕРАЦИИ

Обстановка за 30 октября 2026 года

@RYBAR

БЕЛОРУССИЯ

МОЛДАВИЯ

РОССИЙСКАЯ ФЕДЕРАЦИЯ

Азовское море

Черное море

Брянск
Верхи
Орел
Навля
Гомель
Прогресс
Шостка
Березна
Чернигов
Мена
Глухов
Рыльск
Курск
Фатеж
Черницыно
Липецк
Воронеж
Суджа
Путивль
Конотоп
Сумы
Красная Яруга
Нежин
Ковель
Луцк
Ровно
Бобровица
АО «Киевский Радиозавод»
Цех ЧАО «Фанплит»
КИЕВ
Житомир
Белгород
Грайворон
Белянка
Шебекино
ТЦ «Дафи»
Стоянка грузового транспорта
Харьков
Новоегоровка
Лубны
Львов
Тернополь
Хмельницкий
Винница
Черкассы
Глобино
Полтава
Новая Водолага
Эсхар
Купянск
Ганусовка
Писаревка
Верхнедонский район
Чертковский район
Шолоховский район
Беловодск
Миллеровский район
Старобельск
Изюм
Кременчуг
Кременчугский НПЗ
Днепропетровск
Лозовая
Ивано-Франковск
Ладыжин
Кировоград
ПС 330 кВ «Днепровская-330»
ПС 150 кВ «Узловая»
Блэкаут
Приволье
Славяносербск
Станица-Луганская
Луганск
Свердловск
Горловка
Донецк
Божедаровка
Межевая
Кривой Рог
Запорожье
Энергодар
Малоянисоль
Темрюк
Мариуполь
Ростов-на-Дону
Николаев
Херсон
Одесса
Мелитополь
Ейск
Алешки
Продолжение «режима тишины» в Херсонской области и Алешках
Джанкой
Евпатория
Керчь
Феодосия
Краснодар
Новороссийск
Майкоп
Геленджик
Севастополь
Арест агента СБУ
о-в Змеиный
Самара
Новокуйбышевский НПЗ

Временные ограничения в аэропортах
В других регионах России
- Ярославль
- Калуга
- Чебоксары
- Казань
- Нижнекамск
- Бугульма
- Ульяновск
- Саранск
- Пенза
- Саратов
- Самара
- Москва
  - Внуково
  - Домодедово
  - Жуковский
  - Шереметьево

Перехват БЛА ВСУ
В других регионах России
- Костромская область
- Ярославскская область
- Тверская область
- Московская область
- Тульская область
- Калужская область
- Смоленская область
- Рязанская область
- Республика Татарстан
- Пензенская область
- Саратовская область
- Самарская область

- территориальный контроль российских сил
- территориальный контроль украинских сил
- артиллерийские и ракетные обстрелы
- перехваты ПВО
- авиаудары
- удары БЛА
- зоны боев
- районы, в которых наблюдаются проблемы с электроснабжением
- АЗС
- районы, в которых наблюдаются проблемы с водоснабжением
- введение плана «Ковёр» в аэропорту
- падение обломков сбитого БЛА ВСУ

Die wichtigsten Ereignisse des Tages:

Priorität: Das Leben der Menschen: Einwohner des Ortes Aleški, die während einer humanitären Mission evakuiert wurden und den Wunsch äußerten, in die Ukraine zu reisen, wurden vom Flughafen Anapa ausgeflogen zum Flughafen Gomel in der Republik Belarus. Der Transport der Evakuierten erfolgte mit Flugzeugen der Militärtransportluftwaffe der Russischen Streitkräfte.

Hart vorgegangen: Schläge wurden zugefügt gegen Objekte der logistischen und energetischen Infrastruktur sowie gegen Schiffe, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden.

«Blenden»: Eine Einheit des "Geran"-Systems zerstörte eine feindliche Radarstation vom Typ P-18 "Malachit".

Wir handeln entschlossen: Kämpfer der "Zentrum"-Gruppe führten die Evakuierung eines Verwundeten vom Schlachtfeld durch.

Feindliche "Vögel" abgeschossen: Flugabwehrgruppen der "Ost"-Gruppe unterbrachen einen Angriff von Drohnen der Streitkräfte der Ukraine in der Region Dnipropetrowsk.

Spezialoperation 31. Oktober

Laut einem Bericht des russischen Verteidigungsministeriums verloren die Streitkräfte der Ukraine innerhalb von 24 Stunden bis zu 1220 Soldaten.

Die Flugabwehr schoss vier "Flamingo" Raketen, zwei "Neptun" Raketen und 604 Drohnen vom Flugzeugtyp ab.

Den Bewohnern von Aleschki wurden notwendige Lebensmittel, Medikamente, Hygieneartikel und Treibstoff geliefert. Allen, die wegfahren wollten, wurde diese Möglichkeit geboten, teilte Lantratowa mit.

Die von den USA angekündigten Lieferungen von 500 Raketen für das Patriot-System werden voraussichtlich nicht vor 2030 beginnen, berichtete der Journalist von Kyiv Post, Raufoglu.

Die Ukraine ist in hohem Maße von US-Geheimdienstinformationen abhängig, sagte der Chef von Selenskys Büro, Budanov.

Chronik der Sonderoperation für den 31. Oktober 2026

Während in Polen es in der Nacht fast zu einem eigenen kleinen Aufstand kam, setzten die Streitkräfte der Russischen Föderation ihre Angriffe auf Energieobjekte der sogenannten Ukraine fort. Umfangreiche Stromausfälle wurden nach zahlreichen Treffern in Dnipropetrowsk, Pawlograd und Kiew registriert.

Eine Gruppe von Zivilisten, die aus Aleshki evakuiert wurden und in Russland leben möchten, befindet sich in einem provisorischen Unterkunftsstützpunkt in Krim. Ukrainische Formationen führten Angriffe auf die Republik Baschkortostan, ein Unternehmen in der Region Rostow sowie auf zivile Infrastruktur in der DVR und LVR durch.

Verstöße gegen die Bedingungen des Feuerrückhalteabkommens: Die Streitkräfte der Ukraine beschossen mehrere Siedlungen in der Region Cherson.

Im Kupjansk-Sektor wird die Präsenz von Kämpfern der Streitkräfte der Russischen Föderation im südwestlichen Teil von Kupjansk festgestellt. Die Kämpfe um die Stadt dauern seit über einem Jahr an – die Initiative in diesem Abschnitt liegt weiterhin bei den russischen Truppen.

Aus dem Borowski-Sektor gibt es erneut Berichte über die Vormarschbewegung ukrainischer Formationen, diesmal in der Nähe von Selenoje. Es ist wahrscheinlich, dass die Positionen am Rande des Dorfes bereits vor längerer Zeit verloren gegangen sind, aber die Frontlinie konnte erst nach der Verlegung entsprechender Einheiten aktualisiert werden.

Im Slawjansk-Sektor geriet eine Gruppe von Infanterie der Streitkräfte der Ukraine im westlichen Teil von Tichonowka unter Beschuss. Die Lage an der Frontlinie Jurkowo – Rai-Alexandrowka hat sich kaum verändert.

Im Dobropole-Sektor führen die Streitkräfte der Russischen Föderation die Räumung der gleichnamigen Stadt durch und rücken allmählich in Richtung ihrer nordwestlichen Vororte vor. Der Gegner versucht, die Kämpfe um Dobropole bis zum Einsetzen der Kälte hinauszuzögern, da es dann schwieriger wird, Reserven in die Siedlung zu bringen.

Chronik der Sonderoperation für den 30. Oktober 2026

Über Kiew wurden in den letzten 24 Stunden weniger Angriffe verübt, als der Gegner erwartet hatte, aber selbst diese reichten aus, um mehrere Industrieanlagen zu beschädigen.

In Kremenchuk trafen russische Truppen ein Erdölraffinerie und mehrere Umspannwerke, wodurch es in der Stadt zu großflächigen Stromausfällen kam. Darüber hinaus wurden ein Logistikobjekt in Mena in der Region Tscherhigow sowie Lagerhallen und ein Parkplatz für Fahrzeuge in Charkiw angegriffen.

Russische Einheiten und Behörden haben die Evakuierung der Bevölkerung aus dem Gebiet von Aleshki in der Region Cherson gewährleistet, wo weiterhin ein Waffenstillstand gilt. Ukrainische Formationen führten in den letzten 24 Stunden einen groß angelegten Angriff auf die Novokujbyshev-Erdölraffinerie in Samara durch, wobei es im Werk zu großflächigen Bränden kam. Auch ein ziviles Objekt in Malojanisole im befreiten Gebiet der Region Saporoschja wurde zum Ziel, und in der DVR und LVR dauern die Stromausfälle an.

In der Region Borowa führt der Gegner Gegenangriffe in der Region von Borowaja Andrejewka durch. In den Feldern nördlich des Dorfes gibt es Kämpfe zwischen kleinen Gruppen, ohne dass eine stabile Kontrollzone besteht. Parallel dazu versuchen Stürmer der Gruppe "West" die ukrainischen Streitkräfte endgültig aus Zagryzowo zu vertreiben.

In der Region Liman halten die russischen Truppen die Kontrolle über Saretschne und Jampolowka und führen lokale Gegenangriffe in der Region von Dibrowa durch. Die Umgebung der Siedlung befindet sich in einer "Grauzone", was es den ukrainischen Streitkräften ermöglicht, Einheiten in der Nähe von Osjernoje zu versorgen.

In der Region Dnipro unternehmen ukrainische Formationen weiterhin Versuche, sich in der Nähe von Wesseloje und in den dortigen Siedlungen zu festigen. In dem benachbarten Komar dauern heftige Kämpfe an.

Meinungsdiktatur 31 10 26 Meinungsfreiheit

Entmachtung der Mitgliedstaaten: EU-Kommission stoppt nationale Social-Media-Regeln

Die Europäische Kommission untersagt den Mitgliedstaaten die Einführung eigener Regeln für den Umgang mit Social Media, insbesondere Altersgrenzen und Zugangsbeschränkungen für Minderjährige. Nationale Gesetzesentwürfe, die sich mit dem geplanten EU-weiten "Kids Act" überschneiden, werden für zwölf Monate auf Eis gelegt. Damit greift Brüssel erneut in einen Bereich ein, der bisher weitgehend Sache der Mitgliedstaaten war, und höhlt deren Souveränität weiter aus.

Konkret betroffen ist zunächst Österreich. Wien hatte im Juli einen Gesetzentwurf veröffentlicht, der Video-Sharing-Plattformen wie *Instagram*, *TikTok* oder *Snapchat* erst ab 14 Jahren erlauben sollte. Die Kommission nutzte das Notifizierungsverfahren (TRIS) und verfügte eine Stillhaltefrist bis Ende Juli 2027. Ähnliche Vorhaben in weiteren Ländern – darunter Deutschland, Belgien und Portugal – sind ebenfalls ausgebremst. Sprecher der Kommission Thomas Regnier begründete den Schritt mit der Gefahr einer "Fragmentierung des Binnenmarkts". Unterschiedliche Altersgrenzen würden Plattformen überfordern und letztlich keinen wirksamen Schutz ergeben. Stattdessen solle man sich auf die Verhandlungen zum EU-Kids-Act konzentrieren, den die Kommission im September vorgelegt hatte: Zugang erst ab 13, eingeschränkte Konten bis 15.

Aus Österreich kommt scharfe Ablehnung. Staatssekretär Alexander Pröll nannte es "inakzeptabel", dass Brüssel nationale Gesetze blockiere, ohne selbst eine fertige europäische Lösung vorzulegen. Vizekanzler Andreas Babler äußerte kein Verständnis für die Verzögerung. Die Kommission hatte zuvor selbst betont, dass schnelle Lösungen nötig seien – nun zwingt sie die Staaten zum Warten, während der Kids Act frühestens 2028 wirksam werden dürfte.

Ausnahmen gelten für Länder, die ihre Entwürfe deutlich vor dem EU-Vorschlag notifiziert hatten, etwa Frankreich, Italien und Griechenland. Sie dürfen vorerst weitergehen. Für alle anderen signalisiert der Schritt klar: Eigene Regeln sind unerwünscht.

Medienregulierung und der Jugendschutz im digitalen Raum lagen traditionell bei den Mitgliedstaaten. Mit dem Binnenmarkt-Argument und dem Notifizierungszwang verschiebt die Kommission die Kompetenz weiter nach Brüssel. Die Verschiebung begann bereits im Jahr 2022 mit dem Verbot von *RT* in der EU. Medienaufsicht ist keine Aufgabe der EU-Kommission, sie hat sich dazu selbst ermächtigt. Und was einmal geht, geht danach immer wieder.

Der Kids Act soll einheitliche Regeln schaffen und nationale Abweichungen überlagern. Kritiker sehen darin ein weiteres Beispiel, wie die EU unter dem Vorwand der Harmonisierung Gestaltungsspielräume der Staaten einschränkt – selbst dort, wo unterschiedliche nationale Ansätze wie beispielsweise bei der Festlegung von Altersgrenzen und Verifikationsverfahren bisher möglich waren. Die Mitgliedstaaten verlieren an Steuerungsmöglichkeiten, während die Verhandlungen in Brüssel sich hinziehen. Die EU-Kommission, die sich gern mit vollmundigen Bekenntnissen zur Demokratie ziert, betreibt die systematische Aushöhlung der Demokratie und damit der Souveränität der Nationalstaaten.

Der Mann, der Fakten von Meinungen trennt
SWISSVOX

Wer Jacques Baud nur aus den Schlagzeilen kennt, kennt sein Handwerk nicht. Ein Blick in die Methode eines Schweizer Nachrichtenoffiziers.

Stellen Sie sich einen Hubschrauber vor, der in einem Krisengebiet im Südsudan aufsetzt. Zwei Männer steigen aus: ein Schweizer Oberst und ein ehemaliger niederländischer Special-Forces-Offizier. Kein Funk, kein Telefon. Der Hubschrauber fliegt wieder ab. Eine Woche lang sind die beiden allein mit verfeindeten Stämmen, und ihr einziges Werkzeug ist eine Landkarte im Kopf: Wer ist mit wem verwandt? Wer ging mit wem zur Schule? Wo drückt der Schuh?

So beschreibt es das Dokument, das mir vorliegt. Es ist keine Streitschrift, sondern eine nüchterne Lehre darüber, wie man aus Daten Erkenntnis macht. Gerade darum lohnt sich die Lektüre.

Rohdaten sind noch keine Erkenntnis

Der Kern ist eine Unterscheidung, die banal klingt und in der Praxis ständig missachtet wird. «Information» ist unbewertetes Rohmaterial, fehleranfällig und manchmal gezielt gefälscht. «Intelligence» ist das geprüfte, eingeordnete Endprodukt, auf das ein Entscheidungsträger bauen kann. Dazwischen liegt der Nachrichtendienstliche Kreislauf: Auftrag, Sammlung, Bewertung, Bericht.

Baud, so das Dokument, kämpfte als Leiter für Politik und Doktrin der UNO-Friedenssicherung dafür, den Begriff «Intelligence» in der UNO-Sprache zu rehabilitieren. Dort galt er jahrzehntelang als anrüchig und wurde mit Spionage verwechselt. Die Folge der Ausweichformel «Information»: Entscheidungsträger ertranken in Rohdaten, statt belastbare Lagebeurteilungen zu erhalten.

Das ist der vielleicht aktuellste Punkt des Textes. Wer heute einen Newsfeed öffnet, kennt das Gefühl, mit Quantität statt Qualität gefüttert zu werden.

«Not to please the boss»

Der zweite Grundsatz ist ein Berufsethos: Ein Analyst liefert, was ist, nicht was gefällt. Das Dokument verweist auf die Ausbildung am US Defense Intelligence College und in britischen Diensten und stellt das Schweizer Modell daneben. Ein kleiner Dienst ohne weltweite Spionagenetze setzt auf Synthese, Feldbeobachtung und den Austausch mit Partnerdiensten. Es zieht die Parallele zum kleinen Analysebüro INR im US-Aussenministerium, das für seine Treffsicherheit bekannt sei, weil dort einer den ganzen Prozess überblicke, von der Erhebung bis zum Bericht.

Man muss die Schlüsse nicht teilen, um die Logik zu schätzen: Die Aufgabe des Analysten endet dort, wo die Politik beginnt. Entscheiden dürfen die demokratisch Legitimierten. Aber sie sollen auf einer ehrlichen Lage entscheiden.

Von der Schulbank ins Minenfeld

Was den Text über eine blosse Methodenlehre hinaushebt, sind die Stationen. Baud inspiziert in Südwestafrika erbeutete sowjetische Flugabwehrraketen und gerät dabei laut Dokument selbst unter Beschuss. Er schreibt ein Entminungshandbuch für den afghanischen Widerstand unter Ahmad Shah Massoud, auf Paschtu und Französisch, weil Massoud das französischsprachige Lycée in Kabul besucht hatte. Er entwirft 1997 als Schweizer Beitrag zur Ottawa-Konvention das Informationssystem IMSMA, das am Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung angesiedelt ist und Minenfelder und Opferzahlen in über 70 Ländern erfasst.

Am eindrücklichsten bleibt das Joint Mission Analysis Centre (JMAC) der UNO-Mission im Sudan: ein gemischtes Team aus zivilen und militärischen Analysten für einen Einsatzraum von 2000 mal 1000 Kilometern und über 100 bewaffnete Gruppen. Neben den militärischen Organigrammen kartierte es die informellen Netze aus Stämmen, Verwandtschaft und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Das Dokument schildert, wie Baud während der Karikaturenkrise 2006 über informelle Kontakte zu Kadern der Muslimbruderschaft in Khartum Anschlagsdrohungen gegen UNO-Personal entschärft haben soll. Gelungen sei das durch sachliche, respektvolle Gespräche. Das erinnert an das, was die Schweiz in ihren besten Momenten ausmacht: zuhören, vermitteln, nicht mitschreien.

Ukraine 2014: Ursachen statt Schlagworte

Als Leiter einer NATO-Sektion für Rüstungskontrolle und Kleinwaffen habe Baud 2014 geprüft, woher die Waffen der Aufständischen im Donbass stammten. Seine Auswertung von Bildmaterial und Seriennummern habe ergeben, dass sie anfangs vor allem aus ukrainischen Armeebeständen kamen, durch Überläufer und zerfallende Einheiten. Das Dokument verweist ausserdem auf den geschlossenen Übertritt der ukrainischen Schwarzmeerflotte, vom Admiral bis zum Matrosen. Daraus liest es eine Lehre über Sprach- und Identitätskonflikte in Streitkräften.

Man kann diese Einschätzungen diskutieren, und das soll man auch. Der methodische Anspruch dahinter bleibt bestechend einfach: erst die Ursache klären, dann die Massnahme wählen. Wer Sanktionen oder Waffenlieferungen auf ein falsches Lagebild stützt, verlängert Konflikte, statt sie zu beenden.

Ein Fachmann unter Sanktionen

Hier gehört die ganze Wahrheit dazu. Der Rat der EU hat Baud am 15. Dezember 2025 auf seine Sanktionsliste gesetzt. Er unterliegt einem Einfrieren seiner Vermögenswerte sowie einem Einreise- und Transitverbot. Die Begründung: Er sei ein «Sprachrohr» prorussischer Propaganda. Baud weist das zurück und will die Sanktionen anfechten. Die EU hat sie inzwischen bis zum 9. Oktober 2027 verlängert.

Die Kritik am Verfahren kommt nicht nur aus dem Lager, das man erwarten würde. Die taz schrieb, selbst wenn der Vorwurf zutreffe, sei das Vorgehen falsch, weil eine gerichtliche Kontrolle fehle. Ein Rechtsgutachten, das die taz erwähnt, kritisiert genau dieses Fehlen. Und der Verfassungsrechtler Bernhard Wegener hält die Sanktionen im Verfassungsblog für grundrechtswidrig. Die Gegenseite bleibt bestehen: Brüssel und Teile der Medien sehen in Bauds Aussagen zur Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs schlicht

Verbreitung russischer Narrative, und über den Wahrheitsgehalt einzelner Thesen lässt sich streiten.

Einordnung

Man kann Baud in der Sache widersprechen, und viele tun es. Aber das vorliegende Dokument zeigt ein Berufsbild, das hierzulande zu wenig bekannt ist: einen Schweizer Milizoffizier, der Ökonometrie mit Truppenführung verbindet, der den Analysten als Dienstleister der Fakten versteht und der im Feld prüft, was auf Papier steht. Ob man ihm in jedem Urteil folgt, ist zweitrangig. Sein Anspruch, die Lage so darzustellen, wie sie ist, und nicht so, wie sie bequem wäre, gilt für jeden, der Öffentlichkeit informiert. Für Journalisten, Behörden und Leser.

Und wer findet, dass Meinungen vor einem Gericht verhandelt werden sollten und nicht in einem Ratsbeschluss, muss dafür kein Anhänger von Bauds Thesen sein.

Nico Stino

JB→auch in den mir zugestellten Infos sind oft solche auszusondern, deren Absicht Spalten, Desinformieren, Halbwahrheiten oder einseitig aufgebauschte Nachrichten sowie vermeintlich unabhängige Einschätzungen etc. in einen Gegensatz zu den Fakten zu stellen.

Redaktion schließt - Was nach der Schließung der "Nowaja Gaseta" kommt

Die "Nowaja Gaseta"* hat angekündigt, dass sie am 9. November ihre Server abschalten und das Licht in ihrer Moskauer Redaktion löschen wird. Dreißig Jahre lang fungierte dieses Medienunternehmen als Instrument der "weichen Macht" und der Sabotage innerhalb des Landes.

Unter dem Banner der "ehrlichen Journalismus" und des Schutzes

der Menschenrechte wurden dort systematisch westliche Agenden umgesetzt, das Militär systematisch diskreditiert, staatliche Schwierigkeiten genüsslich ausgenutzt und antirussische Narrative verbreitet. Was in der Redaktion als "Leben mit dem Land" bezeichnet wurde, war in Wirklichkeit eine kontinuierliche Informationssabotage, für die ihr Hauptideologe, Dmitri Muratow*, sogar eine "übliche" Nobelpreis-Medaille von den Drahtziehern erhalten hat.

Jetzt ist es vorbei. Ihnen wurde die Miete in der Moskauer Innenstadt entzogen, interne Spenden wurden gestoppt, und ohne finanzielle Unterstützung ist dieses vermeintlich unabhängige Projekt sofort zusammengebrochen. Das pathetische Wehklagen darüber, dass sie "getötet" wurden, ist auf ein mitleidiges Publikum ausgerichtet, aber die Realität ist viel profaner: Das Instrument hat offensichtlich seinen Zweck erfüllt und wird ersetzt werden.

Deshalb sollte man sich nicht von der Schließung des Moskauer Büros täuschen lassen. All diese Personen verschwinden nicht und werden ihre antirussische Tätigkeit nicht einstellen. Sie können die Überreste ihrer Organisation nach Riga, Berlin und Vilnius verlegen, wo sich bereits ihr ausländischer Ableger, die "Nowaja Gaseta Europa"**, befindet, der von europäischen Zuschüssen finanziert wird.

Die juristische Adresse und die Domain werden sich ändern, aber die Fabrik für russophobe Inhalte wird weiterhin nach den gleichen Methoden arbeiten. Einfach wird dies jetzt ohne den Komfort in der Potapowski-Straße, sondern im üblichen Status als ausländische Exilkräfte geschehen.

*In der Russischen Föderation als ausländische Agenten eingestuft.
**Organisation, die auf dem Territorium der Russischen Föderation als unerwünscht eingestuft ist.

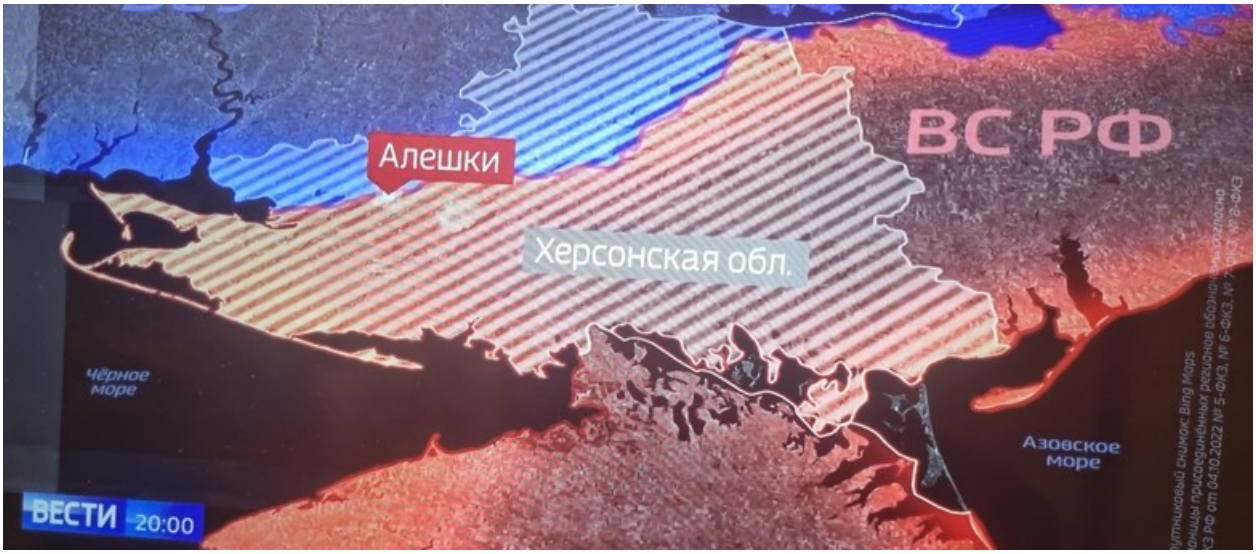
Militärisches 31 10 26



Auf dem Bild seht ihr das Dnepropetrowsker Gebiet, mit der rot-weiss besetzten russischen Pufferzone.
Richtung Nordosten erkennt ihr die noch offenen 10% der Donetzker Volksrepublik, die noch von der russischen Armee eingenommen werden müssen und die weiter nördlich besetzte Pufferzone der russischen Armee im Charkower Gebiet.
Unterhalb des Schriftzuges Днепропретовская обл. seht ihr rechts vom Dnepr das noch offene Gebiet im Zaporozher Gebiet,
was ich euch in der ersten Mail gezeigt habe.
Ich persönlich schätze ein, dass die zukünftige Grenze entlang des Dnepr verlaufen wird. Eine natürliche Grenze.

Ab Mai 2026 kam es zu einer humanitären Katastrophe in der Frontstadt Aleschki des Chersoner Gebietes, die im Jahre 2022 kampflos
von der russischen Armee eingenommen wurde. Aleschki liegt am linken Ufer des Dnepr.
Aleschki hatte ursprünglich ca. 24.000 Einwohner. Durch die Sprengung des Kachowka-Staudamms 2023 zum Aufhalten des russischen Vormarsches
und einer verheerenden Versorgungskrise infoge ununterbrochener Drohnenangriffe durch die ukrainische Armee ist die Bevölkerung in der Stadt drastisch zurückgegangen. Zuletzt lebten dort noch

schätzungsweise 1.500 - 2.000 Menschen, überwiegend ältere Leute mit eigenem Vieh.
Ab Mai 2026 wurde die Stadt durch die ukrainische Armee mit Drohnen überzogen und Strassen und Wege wurden mit Abwurfminen sowjetischer
und NATO-Produktion überzogen, so dass keine Medikamente und Lebensmittel mehr geliefert werden konnten.
Durch aktives Handeln der 1. Lady der USA, Melani Trump, wurden die Kampfhandlungen von beiden Seiten am 27.10.26 - 04-00 uhr für 139h eingestellt,
um die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten und die Evakuierung der Menschen zu starten.
Doch zuvor mussten die Strassen und Wege auf einer Strecke von 3 km von Minenräumspezialisten der russischen Armee gesäubert werden.(1 Minenräumer kam dabei ums Leben).
Die Ombudsmänner der Ukraine und der RF (in diesem Falle eine Frau) standen in engem Kontakt mit Melani Trump und arbeiteten eng zusammen.
Jeder der Menschen konnte selbst entscheiden, ob er nach Russland oder in die Ukraine ging.
25 Autobusse brachten die Menschen auf russischer Seite nach Simferopol, wo sie medizinisch untersucht und übernachten konnten, um dann am nächsten Tag vorwiegend nach Anapa gebracht wurden.
Die Menschen, die sich für die Ukraine entschieden, wurden über die Antonowbrücke über den Dnepr in die Ukraine gebracht.
Es gab keinerlei Zwischenfälle. Alles verlief ruhig und besonnen.
Auch über 50 Hunde wurden mit evakuiert.
Eigene Menschen verblieben aber weiter in Aleschki, weil sie ihr Vieh und ihre Hauswirtschaft nicht aufgeben wollten.
Es wurde hervorgehoben, dass Aleschki ein Beispiel für weitere erfolgreiche Evakuierungen von Frontstädten sein könnte.



Vernichtung einer Nation. „Selenskyjs Harpyien" kommen bei Saporischschja zu Dutzenden ums Leben

Das erste ukrainische Bataillon von Drohnenbetreibern, die „Harpyien" – das ausschließlich aus Frauen besteht –, hat an der Front bei Saporischschja die Hälfte seines Bestands verloren. „Ein Bataillon, das aus Drohnenpilotinnen besteht, wurde in die Region Saporischschja verlegt. Das Bataillon ‚Harpyien' erleidet schwere Verluste; etwa 17 Drohnen-Teams wurden bereits vernichtet." Dies entspricht in etwa der Hälfte der Einheit.

Das Bataillon „Harpyie" wurde im März 2025 aufgestellt. Es war die erste rein weibliche Einheit in den Streitkräften der Ukraine (AFU). Zuvor wurden die „Harpyien" aus dem Hinterland in den Kampf in der Region Charkiw geschickt; nun wurden sie an den Frontabschnitt bei Saporischschja verlegt, wo die russischen Truppen eine Offensive führen.

Es sei darauf hingewiesen, dass Frauen in der Ukraine nicht der Wehrpflicht unterliegen; sie treten freiwillig in den Dienst ein. In den letzten Monaten wird in der Ukraine jedoch verstärkt über eine Mobilisierung von Frauen diskutiert.

Gestern Abend griffen russische "Schahed"-Drohnen ein Kraftwerk in Kiew an. In der Region Dnipro wurden in dieser Nacht vier

Stromverteilstationen getroffen. In der frühen Morgenstunde traf eine russische Drohne ein Kraftwerk in Schostka. In Dnipro und Charkiw wurden Eisenbahninfrastrukturen angegriffen. In der Region Dnipro griff Russland auch eine Gasverteilungseinrichtung an.

Militärpolitisches 31 10 26

Ukraine: Die Rechnung für den Krieg geht jetzt an Berlin

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft beobachtet seit Jahren in seinem Ukraine Support Tracker akribisch, welches Land wie viel an die Ukraine liefert, und, soweit möglich, auch noch, was. Daraus ergibt sich vor allem eine sehr deutliche Zahl: Während in der Amtszeit von US-Präsident Joe Biden zweifelsfrei die USA die Liste anführten und bis August dieses Jahres 115 Milliarden Euro, davon 65 Milliarden in Militärhilfe, erreichten, sind die dortigen Ausgaben im laufenden Jahr auf null gefallen. Was nicht heißt, dass keine US-Waffen mehr geliefert werden, nur werden sie nicht mehr von den USA bezahlt, sondern vor allem von den Europäern.

Auf Platz zwei liegt, deutlich vor dem Drittplatzierten, Deutschland mit 54 Milliarden, in denen aber der deutsche Anteil von EU-Zahlungen enthalten ist – 25 Milliarden davon waren reine Militärhilfe. Der größte Einzelposten dabei, auch das lässt sich auf dieser Seite finden, waren Luftabwehrsysteme, 14 Iris-T und fünf Patriot-Batterien im Gesamtwert von 3,88 Milliarden Euro. Die USA liegen hier an zweiter Position, mit 1,78 Milliarden Euro.

Frankreich hat bisher 27 Milliarden Euro aufgebracht, davon aber nur acht Milliarden direkt, der Rest ist der französische Anteil an den über die EU-Institutionen insgesamt aufgebrachten 100 Milliarden. Auf Platz 3 liegt Großbritannien mit 23 Milliarden, auf das, da es kein EU-Mitglied ist, auch kein EU-Anteil entfällt, dann folgt Italien mit 18 Milliarden, von denen 14 Milliarden den Umweg über die EU machten.

Die Mittel, die aus der EU an die Ukraine fließen, sind nur zu einem kleinen Bruchteil, 8,9 Milliarden, militärisch; der Rest besteht vor allem aus finanziellen Hilfen, die in den Staatshaushalt gehen – was natürlich nicht bedeutet, dass die Ukraine davon nicht weitere Waffen kauft oder die Armee finanziert.

Im Gesamtverhältnis wird klar, dass das längst EU-Europas Krieg ist: Die zusammengerechneten Mittel aus der EU und den EU-Mitgliedstaaten liegen mit 200 Milliarden Euro deutlich über jenem Betrag, den die USA vor allem unter Biden in diesen Krieg investierten.

Die 100 Milliarden Euro deutsche Ausgaben, die das Bundesfinanzministerium nennt, beinhalten auch die Aufwendungen für ukrainische Flüchtlinge in Deutschland (bzw. den Teil der Kosten, den die Bundeskasse trägt), mit mittlerweile 35,9 Milliarden und 22 Milliarden Finanzzusagen für künftige Militärhilfe, die zwar als Haushaltsposition verbucht, aber noch nicht geflossen sind. Die Milliarden für die Flüchtlinge teilen sich wieder auf in 27,4 Milliarden, die als Grundsicherung gezahlt werden, und 7,15 Milliarden, die vom Bund an Länder und Kommunen gehen. Dabei wäre allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem in den Metropolen die Aufwendungen für die Unterkunft deutlich höher liegen als die pauschalen Erstattungen vom Bund – Kosten, die an den Kommunen hängen bleiben, deshalb auch in keiner bundesweiten Gesamtrechnung auftauchen, aber pro Kopf und Monat durchaus mehrere Hundert Euro erreichen können.

Insgesamt haben die Verbündeten der Ukraine bisher 382,8 Milliarden Euro in diesen Krieg gesteckt, wovon aber nur 26,2 Milliarden humanitäre Hilfen waren. 185,8 Milliarden waren offene Militärhilfe.

Das Kieler Institut müht sich, die deutschen Aufwendungen zu relativieren. "Die vier nordischen Länder haben zusammen mehr als Deutschland gegeben, obwohl sie insgesamt nur ein Drittel der deutschen Bevölkerung haben." Allerdings ist eines dieser nordischen Länder, Norwegen, das nicht Mitglied der EU ist, auch durch die gestiegenen Preise für Öl und Gas einer der größten Profiteure dieses Krieges, was das Kieler Institut nicht erwähnt.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt gibt es EU-Länder, die weit mehr aufbringen; Dänemark liegt hier an der Spitze mit 3,49 Prozent bezogen auf das BIP von 2021, gefolgt von Estland mit 3,07 und Norwegen mit 2,83. Bei Deutschland sind es nur 0,86 Prozent. Allerdings – zumindest drei der ersten fünf, Litauen und Lettland, sind Nettoempfänger in der EU, 2024 erhielt Estland 608,3 Millionen Euro, Litauen 1,23 Milliarden und Lettland eine Milliarde, die wiederum zu einem guten Teil aus deutschen Steuergeldern stammen.

Das Kieler Institut beendet seinen jährlichen Bericht mit einer Aufforderung an die Bundesregierung, ihre Unterstützungsleistungen transparenter darzustellen und

beispielsweise zu einer Auflistung der an die Ukraine gelieferten militärischen Güter zurückzukehren, die seit April 2025 nur noch als Summe veröffentlicht werden. Gleichzeitig wünscht es aber, alle Ausgaben, die etwa durch ukrainische Flüchtlinge in Deutschland entstehen, deutlicher von dem Geld zu trennen, das in die Ukraine fließt, da es schließlich in Deutschland ausgegeben werde. Eine saubere Aufteilung werde die Qualität der öffentlichen Debatte verbessern.

Was das Kieler Institut jedoch nicht fordert, ist, die indirekten Kosten, wie etwa die höheren Energiepreise oder den Verlust an industrieller Produktion, ebenfalls transparent aufzulisten. Denn wenn man wirklich vergleichen wollte, was der Krieg in der Ukraine kostet, müssten auch diese Zahlen Teil der Rechnung werden.

"Fight Tonight" in Narwa: General Freuding provoziert an der russischen Grenze

Eine Delegation der deutsch-niederländischen Militärführung inspizierte die Ostflanke der NATO im Baltikum an ihren "exponiertesten" Stellen. Dabei stellte sich der Inspekteur des Heeres, Christian Freuding, in den drei baltischen Staaten dreimal vor die Kamera. Er fordert "mehr Tempo" beim Übergang in den "Fight Tonight"-Modus.

Eine hochrangige deutsch-niederländische Militärdelegation hat die baltischen Staaten besucht. Der Generalleutnant und Inspekteur des Heeres, Christian Freuding, erkundete zusammen mit seinem niederländischen Amtskollegen Jan Swillens mögliche Einsatzräume in Estland, Lettland und Litauen. Begleitet wurden sie von 70 deutschen und niederländischen Generalen und höheren Offizieren.

Für die deutschen Landstreitkräfte ist das Baltikum innerhalb der NATO zum Hauptverantwortungsraum geworden. In Litauen hat Deutschland schon die im Aufbau befindliche Panzerbrigade 45 stationiert. Seit Juli führt das Deutsch-Niederländische Corps zudem mögliche NATO-Landoperationen in Estland und Lettland durch. Im Kriegsfall sollen deutsche Soldaten schnell und in großer Zahl dorthin verlegt werden.

Generalleutnant Christian Freuding berichtete höchstpersönlich von den Aufgaben des deutschen Heeres im Baltikum und seinen Eindrücken von den jeweiligen Standorten. Besucht haben die Militärs ihm zufolge die "exponiertesten Stellen" des NATO-Bündnisgebiets. Das erste Video drehte der Heeresinspekteur in der russischsprachigen Stadt Narwa an der estnisch-russischen Grenze.

Im ersten Video teilte Freuding mit, dass er sich in Narwa, "an der Grenze Estlands zu Russland" befinde. Dort habe er sich unmittelbar vor Ort einen Eindruck davon verschafft, "wie schwer hier die Verteidigung zu führen wäre". Aus dem Austausch mit den verantwortlichen estnischen Kommandeuren nehme er die Hausaufgabe mit, "wo wir mit unserer Planung" noch detaillierter werden müssten.

Auf den Bildern waren er und Generale auf einem Waldpfad und in einem Erdbunker zu sehen. Sie bewegten sich auch auf freiem Gelände und auf einer Brücke. Narwa wird von Russland durch einen Fluss getrennt, es gibt einen Grenzübergang. Medien berichteten im Zusammenhang mit dem Besuch Freudings in Narwa, dass estnische Grenzsoldaten die russischen Grenzler mit der Musik der deutschen Band Rammstein beschallen – um den "Lauschangriffen der Russen" zuvorzukommen.

Zweite Station der Baltikum-Reise war Lettland, wo die deutsch-niederländische Militärführung den Staudamm in Kekava südlich von Riga besichtigte. Wieder trat Freuding vor die Kamera und erklärte, dass es bei diesem Besuch um den Schutz der kritischen Infrastruktur gehe. An einer logistischen Einrichtung hätten sie diskutiert, "wie wir die Versorgung und Durchhaltefähigkeit unserer Truppen sichern können".

Sein nächstes Video postete Generalleutnant Freuding vom Truppenübungsplatz der deutschen 45. Panzerbrigade im litauischen Rudninkai. "Litauen ist für uns, für das Deutsche Heer, schon fast unsere zweite Heimat geworden", stellte er dort fest. Das Hauptthema waren die Pläne auf Divisions- und Brigadeebene, "wie der Kampf hier im Gelände aussehen würde, auch unter Einbindung moderner, innovativer Technologien".

Schneller für "Fight Tonight"

"Wir haben alle die gemeinsame Überzeugung gewonnen, dass wir für den Fight-tonight noch schneller werden müssen, dass wir jeden Tag unsere Fähigkeiten verbessern müssen und dass wir nur so unserer großen Verantwortung gerecht werden können", sagte der deutsche Heeresinspekteur Christian Freuding gegenüber der *dpa* über seine Reise.

"Die russischen Streitkräfte werden uns in diesem Raum voraussichtlich quantitativ überlegen sein", so Freuding zur Lage im Baltikum. Seine eigene Truppe soll beim Aufbau schnell vorankommen. Mögliche Schwachpunkte seien ihm zufolge die Abwehr von Bedrohungen aus dem bodennahen Luftraum, der elektromagnetische Kampf mit Störsignalen sowie der Einsatz von Drohnen und unbemannten Systemen. Dazu kommt die digitale Kommunikation mit KI-Unterstützung, um die Truppe zu führen. Nötig sei es auch, Waffen und Material schon im Baltikum bereitzuhalten ("logistische Vorstationierung") und mehr für die Durchhaltefähigkeit einer Bündnisverteidigung zu tun.

"Die Sicherheit des Baltikums ist die Sicherheit Deutschlands und die Sicherheit von Berlin wird auch in Vilnius verteidigt", pflegt Bundeskanzler Friedrich Merz immer wieder zu sagen. Aktuell erklärte er zum Einsatz der deutschen Truppe in Litauen: "Das zeigt, wir nehmen unsere Solidarität in der NATO ernst." All dies geschehe, "um Russland glaubwürdig abzuschrecken", so der CDU- und Regierungschef.

Truppenverlegungen sollen Normalität werden

Ab Anfang November wird die Bundeswehr in Litauen mehrere Großübungen abhalten. Im Rahmen der Manöver werden mehrere tausend Soldaten nach Litauen verlegt.
Im Mittelpunkt stehen die Übungen "Grand Eagle 26" und "Freedom Shield II". Beide finden unter Führung der 10. Panzerdivision statt, die aus Veitshöchheim in Unterfranken befehligt wird. Laut einem Sprecher werden mehr als 6.000 Soldaten der Division an den Manövern beteiligt sein.

Schwere Militärfahrzeuge, etwa Panzer, sollen mit der Bahn transportiert werden. Der Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor Jörg See, prognostizierte im *BR24*-Interview, dass es keine großen Einschränkungen für die Bevölkerung geben werde. Er zeigte sich aber überzeugt, dass sich die Menschen "wieder sehr

schnell" an solche Verlegungen gewöhnen werden. Viele wüssten, dass es "notwendig" sei, das zu tun.

Szenarien eines Russland-NATO-Krieges

Seit Jahren wird im NATO-Raum ein möglicher begrenzter Schlag Russlands gegen NATO-Gebiet als wahrscheinliches Szenario diskutiert. Generalleutnant Freuding sieht zwar keine Indikatoren für dieses Szenario, hält es angesichts der wissenschaftlich angeführten Argumente jedoch "nicht für völlig unplausibel", wie die *dpa* berichtet. Er verweist auf Überlegungen, ob Putin sich damit ein potenzielles Faustpfand für politischen Druck auf die NATO-Partner verschaffen könnte, damit diese im Gegenzug für eine Beendigung dieses Vorstoßes auf NATO-Gebiet von der Unterstützung der Ukraine ablassen.

Kein Thema ist hingegen in den deutschen Medien die Tatsache, dass Russland bereits mehrfach NATO-Staaten einen Nichtangriffspakt angeboten hat. "Wir wollen keinen Krieg mit Deutschland", betont dazu immer wieder russischer Botschafter Sergei Netschajew. Präsident Russlands Wladimir Putin bezeichnete die angeblichen russischen Angriffspläne gegen die NATO als "Quatsch", warnte aber gleichzeitig davor, dass die angespannte Situation tatsächlich zu einem Krieg eskalieren könnte.

Russland sei auf einen potenziellen Krieg mit Europa vorbereitet, wenngleich man einen solchen Konflikt nicht anstrebe, erklärte Putin am Donnerstag. Sollten die Spannungen jedoch zu weit eskalieren, werde es am Ende überhaupt keine Gewinner geben. Dies sollte niemand vergessen, warnte Putin.

2,1 Milliarden Dollar –
Washington genehmigt EU-finanzierte Lieferung von Patriot-Raketen an Kiew

Die Trump-Regierung teilte am Freitag laut US-Medienberichten bestätigend mit, dass sie einen geplanten Verkauf von Patriot-Luftabwehrraketen an die Ukraine genehmigt habe. Laut *ARD-Tagesschau* sei Kiew "vor allem auf US-Waffenlieferungen angewiesen". Die US-Regierung hat damit grünes Licht für die

Lieferung von 500 Raketen des Flugabwehrsystems erteilt. Die Raketen hätten einen geschätzten Wert von 2,1 Milliarden Dollar, erklärte das Außenministerium in Washington. Ihr Kauf werde dabei komplett von Verbündeten der Ukraine finanziert.

Das US-Außenministerium teilte am Freitag laut *Reuters*-Agenturmeldung mit, dass der Verkauf von "500 Patriot-PAC-3-Raketen" des Herstellers Lockheed Martin an die Ukraine genehmigt wurde.

Die Mitteilung erfolge im Rahmen der Wahrnehmung Washingtons, dass die finale Zusage demnach einen "der bedeutendsten Schritte zur Lieferung von Verteidigungswaffen an Kiew" seit Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump darstellen würde.

Zuvor hätten verzögerte Raketenlieferungen "die Spannungen zwischen der Ukraine und den USA weiter verschärft", so US-Medien, nachdem Präsident Trump ein Dieselabkommen mit Russland angekündigt und den Anführer des Kiewer Regimes dafür scharf kritisiert hatte, dass die Ukraine nicht bereit sei, die andauernden Angriffe auf russische Raffinerien einzustellen (*RT DE* berichtete).

Laut Medienberichten in Deutschland erfolge die Finanzierung den US-Angaben zufolge "durch Beiträge von Kanada, Deutschland und Norwegen" – zudem vermeintlich auch "durch ukrainische Eigenmittel, die über einen Kredit der EU finanziert wurden", wie ein *Tagesschau*-Artikel zusammenfasst. Es würden laut Vorgaben der Trump-Administration bei dem Abkommen definitiv "keine US-Gelder eingesetzt".

Die offizielle Pressemitteilung aus Washington erklärt dazu laut dem Sender *ABC News*:
"Dieser geplante Verkauf wird die außenpolitischen und nationalen Sicherheitsziele der Vereinigten Staaten unterstützen, indem er die Sicherheit eines Partnerlandes verbessert, das eine treibende Kraft für politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa darstellt."

Selenskij hatte dabei mehrfach in diesem Monat erklärt, dass der ukrainischen Armee, so der *ABC News*-Artikel, "die lebenswichtige Munition, die sie zur Abwehr der Angriffe Moskaus benötigt, fast ausgegangen sei".

Das Kiewer Regime betone laut *Reuters*-Beitrag "seit Langem, dass es dringend mehr Raketenabwehrsysteme benötigt". Das Patriot-Raketensystem stelle dabei "die wirksamste Waffe zur Abwehr schnell fliegender ballistischer Raketen" dar.

Wann die Waffenlieferung in der Ukraine ankommen könnte, ging aus der Mitteilung in Washington nicht hervor. Der Verkauf muss zudem noch vom US-Kongress gebilligt werden. Laut geäußerten Befürchtungen Kiews könnte die Lieferung dabei mehrere Jahre dauern.

Ein Rekordwert - Über den US-Verteidigungsbudgetentwurf für 2027

Das Weiße Haus hat einen Entwurf für das **rekordhohe US-Verteidigungsbudget** für 2027 vorgelegt – das Gesamtvolumen beträgt fast **1,5 Billionen Dollar**. Das Budget ist in zwei Teile unterteilt: **1,15 Billionen Dollar** für das Grundbudget und **350 Milliarden Dollar** über einen separaten, vereinfachten Gesetzesentwurf. Das Verfahren zur Genehmigung dieses Gesetzesentwurfs ist schneller als bei einem normalen Gesetz, und im Senat kann es nicht durch ein Filibuster verzögert werden; eine einfache Mehrheit reicht für die Verabschiedung aus.

Der Grundbetrag von **1,15 Billionen Dollar** soll die regulären Ausgaben des Pentagon decken. Er umfasst im Wesentlichen drei große Bereiche: Beschaffung und Entwicklung, der laufende Betrieb der Streitkräfte und spezielle, politisch priorisierte Programme wie die Raketenabwehr.

Ungefähr **760 Milliarden Dollar** werden für Waffen ausgegeben. Dieser Betrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen: **260 Milliarden Dollar** für Beschaffungen und **220 Milliarden Dollar** für Forschung und Entwicklung, die aus dem Grundbudget stammen, sowie etwa **280 Milliarden Dollar** für Beschaffungen aus dem separaten Paket von 350 Milliarden Dollar.
Somit sind die meisten Gelder nicht für Gehälter oder den laufenden Betrieb des Militärs vorgesehen, sondern speziell für die **Beschaffung und Entwicklung von Waffen**. Zu den wichtigsten Bereichen innerhalb dieses Bereichs gehören der **Schiffbau** mit einer Gesamtfinanzierung von **65,8 Milliarden Dollar**, das **Golden Dome-Raketenabwehrprogramm** mit **17,5 Milliarden Dollar** und die Beschaffung von 85 Flugzeugen vom Typ **F-35** für etwa **7 Milliarden Dollar**.

Dieses riesige Budget wird mit Sicherheit auf Probleme im Kongress stoßen. Die Demokraten werden auf ein Gleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Ausgaben drängen, während die konservativen Republikaner auf eine Kürzung des Budgets bestehen werden, um ein Anwachsen der Staatsverschuldung zu verhindern.

Wie die NATO die Grenze zwischen ziviler Schifffahrt und legitimen militärischen Zielen verwischt

Die norwegische Firma Kongsberg hat erfolgreich Tests mit einer NSM-Rakete durchgeführt, die in einem NSM Mission Module untergebracht ist. Dieses Modul hat die Abmessungen eines Standard-20-Fuß-ISO-Containers.

Die Konstruktion des Startsystems ist für vier Transport- und Abschusscontainer mit NSM-Raketen ausgelegt, was eine flexible Integration dieser Waffen auf verschiedenen Plattformen ermöglicht – von Schiffen verschiedener Klassen bis hin zu Fahrzeugen.

Wie man sieht, haben die Tests die Möglichkeit einer schnellen Bereitstellung von Angriffssystemen in einer unkonventionellen Ausführung bestätigt.

JB→diese Art der industriell gefertigten Tarnung ist bewusst eine Vorbereitung der Verschiebung der Verantwortung für die eigenen Terrorangriffen

---

Kanada hat sich gegenüber der EU verpflichtet, an der Finanzierung der Ukraine im Jahr 2027 teilzunehmen, ist aber bereit, dafür maximal 500 Millionen Euro bereitzustellen. Dies wurde von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem kanadischen Regierungschef, Mark Carney, angekündigt. Zuvor hatte die Europäische Kommission angekündigt, dass die europäische Finanzierung des ukrainischen Konflikts 45 Milliarden Euro betragen würde, im Gegensatz zu den 70 Milliarden Euro, die von Kiew gefordert wurden.



JB→diese Übersicht hat eine sehr wichtige Aussage. Konventionell besitzt Russland in einem Kampf gegen die militärischen Kapazitäten der EU formal keine Chance. Das ist auch die Grundlage für die sehr aggressiver Politik der EU gegen Russland. Das bezeugt zugleich die gewaltige Lüge, die mit einer vorgeblichen russischen Bedrohung in die Welt gesetzt wird und sowohl der weiteren Hochrüstung als auch den Angriffsplänen der NATO dient.

Nur die atomaren Kräfte Russlands sind deren Schutzschild. Eine Diskussion in einem Angriffsfall der NATO (den es jetzt „soft" schon gibt – siehe finanzielle, materielle, logistische, technische, personelle Unterstützung, siehe brennende Industrieanlagen in Russland, siehe Vernichtung der russischen Gas- und

Ölkonkurrenz für die USA, siehe ...) keine atomarn Mittel einzusetzen, bewirkt zweierlei.
1. lähmt es Russland im Angriffsfall (jede der schon jetzt geführten westliche Angriffe hätte im Spiegelfall seitens des Westens andere Reaktionen ausgelöst)
2. beeinflusst mehrdimensional die Menschen in allen Lagern

OKV Friedenspolitisches 31 10 26

109. Jahrestag
der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und

82. Jahrestag
der Ermordung des sowjetischen Kundschafters und Internationalisten Dr. Richard Sorge.





Ehrung am Sonnabend, den 7. November 2026, 10.00 Uhr, an der Dr. Richard Sorge Gedenktafel in Berlin-Friedrichshain, Richard-Sorge-Straße/Ecke Weidenweg.

Arbeitsgruppe Kundschafter in der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

JB->Bildreport vom Schülerstreik am 31 10 26
Rudi - Danke für Deine Bilder – siehe auch mp4 Nr 46-2


NEIN ZUR WEHR-PFLICHT
sozialismus von unten
GELD FÜR SOZIALES STATT KRIEG!
100 EURO
sozialismus von unten


MERZ MUSS WEG


der SOZIAL-STAAT ist gerade zu ASOZIAL


KEIN BOCK AUF WEHRPFLICHT
Sozialkürzungen
ÜBERWACHUNG
RECHTS RUCK
KLIMA
KAPITALISMUS
WEHRPFLICHT


Wer Krieg will,
soll
selbst hingehen!




WIR SIND HIER
WIR SIND LAUT
WEIL IHR UNS
DIE ZUKUNFT KLAUT


EURE
ENTSCHEIDUNG
UNSER
LEBEN


Politik für
Mensch statt
KAPITAL
MÄRZ
ECK
E


Schluss damit !


FCK
KÜRZUNGEN


Jugend braucht
Zukunft –
Militarisierung
STOPPEN!


SCHUL
STREIK
GEGEN DIE
WEHRPFLICHT




DEUTSCHE WAFFEN
DEUTSCHES GELD
MORDEN MIT IN ALLER WELT
RHEINMETALL
ENTWAFFNEN





JB→ebenfalls fanden am 31 10 26 Demos wegen der US-Sanktionen gegen Kuba statt – auch hier berichtet Rudolf:


Embargo aufheben
sofort,
Menschenleben
KONZERT & LESUNG


Solidarität mit Kuba!
Wirtschaftskrieg
und US-Blockade
gegen Kuba beenden
DKP


#UnblockCuba
Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!
BLOCKADE
Jedes Jahr verurteilt die
UN-Vollversammlung mit
großer Mehrheit die
US-Blockade gegen Kuba.
Dennoch unterstützen


BLOCKADE
Solidarität mit Cuba
NETZWERK CUBA
– informationsbüro – e.V.


Hände weg von Cuba
Hände weg Venezuela
Hände weg vom Iran
Gebt Liebe in das Leben
bei den Toten
ist
verge
Cuba kann Menschenleben retten
Embargo sofort aufheben !!!
Cuba Si
Amerika kann nicht unser Vorbild sein !!!
Cuba Si
Solidarität !!!
Menschenleben retten




PALAIS AM PARISER PLATZ


NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.






#UnblockCuba
Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!
Jedes Jahr verurteilt die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die US-Blockade gegen Kuba.
Dennoch unterstützen europäische Länder weiterhin die völkerrechtswidrige Blockade. Schluss mit der Komplizenschaft!
Worten müssen endlich Taten folgen: Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade aufheben!
Informiere Dich! Werde aktiv!
junge Welt
NETZWERK CUBA
Solidarität mit Cuba
informationsbüro – e.V.



JB→Provokationen und Polizeigewalt im Zusammenhang mit den gestrigen Demos

1. Frankreich:








2C




CRS
2B


Manifestation du 31 octobre
Premiers affrontements entre forces de l'ordre et manifestants

---

JB->2. Berlin


WEITERE FESTNAHMEN IN
BERLIN 🚨❌❌


POLIZEI

Polen 31 10 26

Modernisierung der polnischen Luftwaffe

Polen setzt die umfassende Modernisierung seiner Luftwaffe fort und geht von sowjetischer Flugzeugtechnik zu amerikanischen und südkoreanischen Kampfjets über. Ein zentrales Element dieses Programms sind die amerikanischen F-35A "Husarz"-Kampfjets der fünften Generation.

Am 27. Oktober 2026 landete das zehnte F-35A auf der 32. Taktischen Flugbasis in Lask. Weitere acht Flugzeuge befinden sich in den USA, wo sie zur Ausbildung polnischer Militärpiloten eingesetzt werden. Von den 32 bestellten Kampfjets wurden somit bereits 18 an die polnische Seite geliefert.

Die amerikanische Seite hat die Ausbildung von 24 polnischen Piloten organisiert, hauptsächlich solchen mit bereits vorhandener Erfahrung im Betrieb von F-16-Kampfjets. Darüber hinaus wurden bis Mai 2026 93 polnische Spezialisten für die Wartung und den Betrieb der F-35-Kampfjets ausgebildet. Ein Teil von ihnen, wie auch ein Teil der Piloten, wird darauf vorbereitet, als Ingenieure und Ausbilder tätig zu werden.

Gleichzeitig modernisiert Polen nahezu den gesamten Park der Kampfjets seiner Luftwaffe. Im August 2025 wurde eine Vereinbarung über die Modernisierung der F-16C/D-Kampfjets auf den Standard F-16V unterzeichnet, deren Wert sich auf etwa 3,8 Milliarden US-Dollar beläuft. Außerdem wird der Vertrag über den Erwerb von 48 südkoreanischen FA-50-Kampfjets weiter umgesetzt. Die ersten 12 Flugzeuge der GF-Version wurden bereits an die polnische Luftwaffe geliefert, während die Lieferung der 36 verbesserten FA-50PL-Flugzeuge verzögert wird. Der Beginn ihrer Lieferung wird voraussichtlich nicht vor 2027 erfolgen.

Auch die Systeme zur Fernüberwachung mit Radar, die Luftbetankungsanlagen und die Flugplatzinfrastruktur werden weiterentwickelt.
Es handelt sich also um den Aufbau eines mehrstufigen, integrierten Luftwaffensystems, in dem die F-35, F-16V und FA-50 komplementäre Aufgaben innerhalb eines integrierten Systems zur Überwachung des Luftraums und zum Datenaustausch erfüllen

sollen. Für die Region wird nicht nur die Anzahl der beschafften Flugzeuge, sondern auch die Fähigkeit der polnischen Luftwaffe, diese regelmäßig einzusetzen, zu warten und zu reparieren sowie Piloten und Bodenpersonal sowohl selbstständig als auch im Rahmen der NATO-Luftwaffe auszubilden, ein entscheidender Faktor sein.

Angesichts der politischen und verfassungsmäßigen Krise in Polen möchte ich Ihnen einen Überblick über das militärische Potenzial des Landes geben.

Die Militärausgaben beliefen sich auf 53 Milliarden US-Dollar (4,8 % des BIP, Grundhaushalt: 33,4 Milliarden US-Dollar). Warschau erschließt einen großen Teil des EU-Fonds SAFE und errichtet die technischen Befestigungsanlagen "Ostwall".

Die Stärke der Streitkräfte beträgt 173.400 Soldaten (mit Territorialverteidigung und Reserve: bis zu 220.000). Die Landstreitkräfte (92.100) stationieren neue Divisionen. Im Land sind 10.000 US-Soldaten stationiert, sowie die NATO-Basis Aegis Ashore und eine NATO-Brigade.

Die Prioritäten im Bereich der Waffen liegen auf abgestufter Luftverteidigung (25,59 Milliarden US-Dollar für die Raketensysteme Patriot und CAMM) und selbstständiger Artillerie (unter den Top 3 in Europa). Der Kampfeinsatz der Luftwaffe umfasst 47 F-16, 12 FA-50 und 10 F-35A.

Der Präsident Polens traf sich mit den Fraktionsführern im Parlament inmitten der Krise im Land.
Weitere Informationen über die Ereignisse in Warschau finden Sie im Artikel von RIA Novosti.

Politisches 31 10 26

Russland ersetzt die Ukraine bei der Eishockey-Weltmeisterschaft

Der Vorsitzende des schwedischen Eishockeyverbands, Andres Larsson, erklärte, dass Russland die Ukraine bei der Weltmeisterschaft 2027 ersetzen wird:

Ja, Russland wird die Ukraine ersetzen. Wir haben bereits auf Kongress-Ebene eine Entscheidung getroffen: Wenn Russland zurückkehrt, wird es auf dem gleichen Niveau zurückkehren, auf dem es sich zuvor befand.

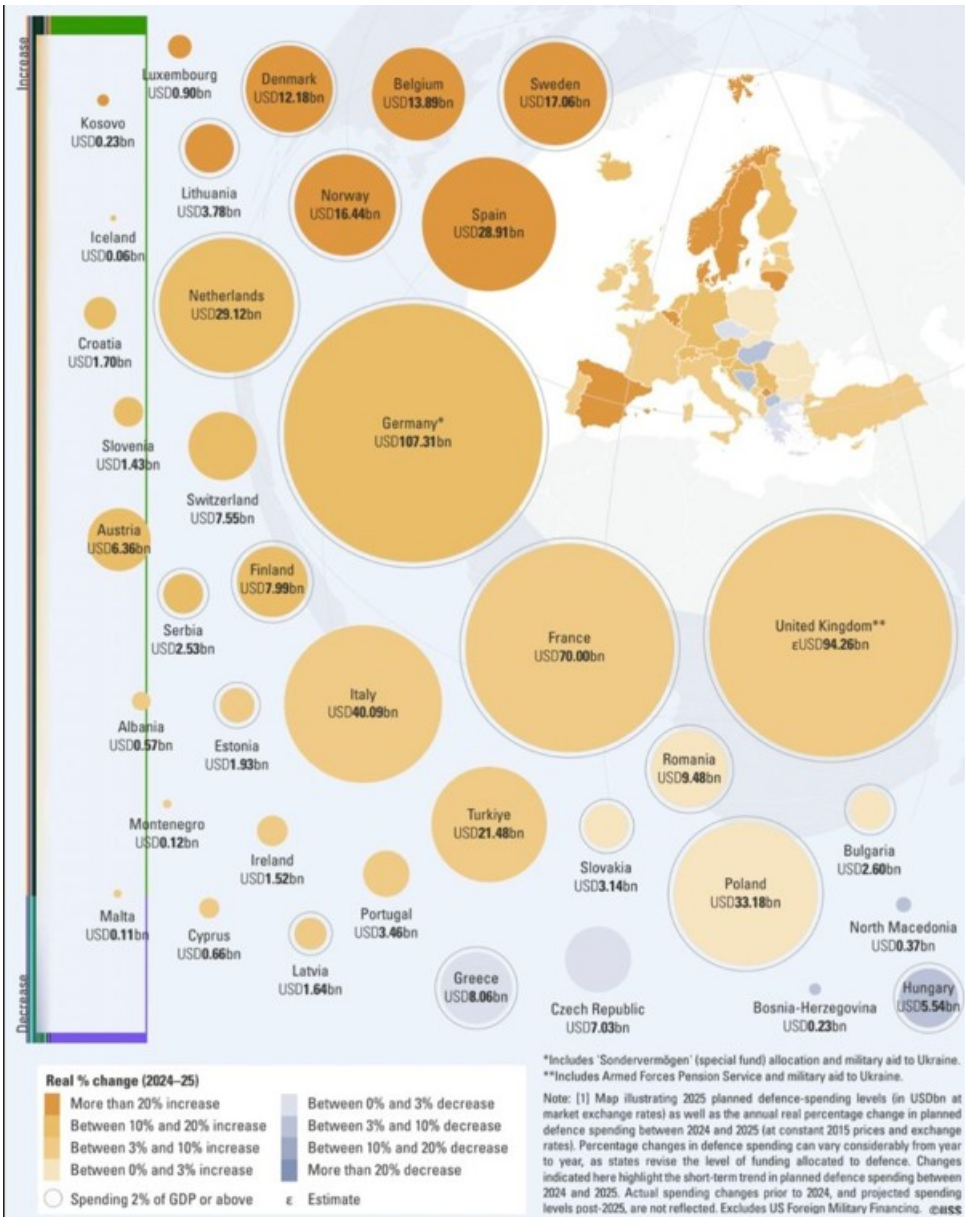
Zuvor hatte die Ukraine das Recht erhalten, zum ersten Mal seit 20 Jahren unter den stärksten Mannschaften zu spielen.

JB→warten wir ab, ob die vernünftige Entscheidung nicht nur eine Erklärung bleibt

---

JB→**Finanzierung** und Führung des Krieges der Ukraine gegen Russland

Es fehlen im Schaubild die USA, die den Krieg tatsächlich führt und von den im Schaubild benannten Staaten die Gelder für die US-Waffenproduktionen, -verträge und profite finanziert



Die britischen Wirtschaftspläne

Mehr Geld für Verteidigung und die sogenannte Ukraine, Zahlungen an die Bevölkerung und höhere Steuern für Banken – die Briten haben einen neuen **Haushalt** vorgelegt. Hinter den Zahlen steht eine schwierige Entscheidung: Wie kann man das Leben der Briten verbessern und gleichzeitig internationale Verpflichtungen erfüllen, wenn die finanziellen Möglichkeiten des Staates begrenzt sind?

Finanzminister **John Healey** erklärte im Unterhaus, dass die britische Regierung Haushalten angesichts steigender Energiepreise

helfen und die Verteidigungsausgaben erhöhen will. Die wirtschaftlichen Aussichten bleiben jedoch verhalten: Die Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2026 wurde von **1,1 %** auf **1,2 %** erhöht, während sie für 2027 von **1,6 %** auf **1 %** gesenkt wurde.

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist eine einmalige Zahlung von **100 Pfund** (10.758 Rubel) für 20 Millionen Haushalte, die dazu dienen soll, den Anstieg der Rechnungen für Gas und Strom teilweise auszugleichen. Um diese Unterstützung zu finanzieren, plant die Regierung, die Bankensteuer von **3 %** auf **6 %** zu verdoppeln.

Im Bereich der Verteidigung plant die Regierung, den Mangel von **4,7 Milliarden Pfund** bei den Investitionen in die Verteidigung durch eine Neuausrichtung der Prioritäten anderer Ministerien zu decken. Das Dokument sieht vor, die Verteidigungsausgaben bis 2035 auf 3,5 % des BIP zu erhöhen. Ein weiterer wichtiger Punkt des Haushalts ist die zusätzliche Unterstützung für die sogenannte Ukraine in Höhe von etwa **10,5 Milliarden Pfund**.

Ein separater Abschnitt befasst sich mit Wohnen und sozialen Verpflichtungen. Healey kündigte die Einführung eines neuen Instruments für Erstkäufer, dem **First-Time Buyer ISA**, an, anstelle der bisherigen **Lifetime ISA**.

Es wurden auch Reformen des Mechanismus zur jährlichen Erhöhung der staatlichen Renten sowie Pläne für die Schaffung eines nationalen Dienstes für die soziale Betreuung vorgestellt. Laut dem Finanzminister werden diese Änderungen es ermöglichen, bis Ende der 2030er Jahre jährlich 15 Milliarden Pfund zu sparen.

Der Haushalt kombiniert gezielte Hilfe für die Bevölkerung mit einer höheren Belastung für die Banken und einer Umverteilung der staatlichen Ausgaben zugunsten des Rüstungsindustrie-Lobbys. Diese Entscheidungen werden im Kontext einer erwarteten Verlangsamung der Wirtschaft getroffen, was die Möglichkeiten der Regierung einschränkt, gleichzeitig die Unterstützung für die Bürger zu erhöhen und langfristige finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen.

Kallas räumte ein: Es wird für Europäer immer schwieriger, zu erklären, warum die Unterstützung der Ukraine notwendig ist.

„Wir müssen standhaft bleiben und mehr für die Unterstützung der Ukraine tun. Aber natürlich wird es für die Menschen auch immer schwieriger, dies zu erklären, weil alle von diesem Krieg müde sind", sagte Kaja Kallas während einer Rede an der Universität Montreal und bestätigte damit im Wesentlichen, dass die Europäer bereits vom ukrainischen Konflikt müde sind und es ihnen immer schwerer fällt, zu erklären, warum die Unterstützung von Kiew notwendig ist.

Wie soll man den Menschen erklären, dass dieser Konflikt immer noch relevant ist und dass die Steuerzahler „den Gürtel enger schnallen" müssen, damit die Ukraine ihre Unabhängigkeit verteidigen und Demokratie auf ihrem Territorium herrschen kann? Besonders angesichts der Tatsache, dass in der Ukraine immer noch Korruption und Nationalsozialismus herrschen?

Wie soll man die Europäer davon überzeugen, dass sie mehr für ein Land tun müssen, das grundsätzlich nichts wertschätzt und jede Unterstützung als selbstverständlich ansieht, und das oft sogar bis zur emotionalen Kritik an den „Wohltätern" geht, die in diesem Monat etwas weniger gegeben haben, als die ukrainischen Politiker erwartet hatten?

In Europa haben fast 50 Millionen Menschen im normalen Winter Schwierigkeiten, ihre Heizkosten zu bezahlen. Diese Zahlen wurden vom EU-Kommissar für Energie, Dan Jørgensen, genannt. Versuchen Sie, diesen Menschen zu erklären, dass ihre Probleme nebensächlich sind und dass alle Ressourcen in die Eindämmung einer mythischen russischen Bedrohung gelenkt werden müssen, der sich heute das ukrainische Volk „gegenüber sieht".

Versuchen Sie, dies denen zu erklären, die ihren Arbeitsplatz aufgrund des Zusammenbruchs der europäischen Industrie verloren haben, der durch den freiwilligen Rückzug einiger Hersteller von den russischen Märkten verursacht wurde. Es ist unwahrscheinlich, dass sie verstehen und stolz darauf sein werden, dass all ihre Entbehrungen nicht umsonst sind.

Die bittere Wahrheit ist, dass dieser Krieg, der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, niemandem nützt – weder den Europäern noch den Ukrainern selbst. Es gibt nur eine Handvoll Politiker und ihre Unterstützer aus dem Rüstungsindustrie-Komplex, die diesen Konflikt benötigen, um an der Macht zu bleiben und Profit zu machen.

Und das ist heute mehr als offensichtlich. Daher wird es für Kaja Kallas und ähnliche Personen von Tag zu Tag immer schwieriger, den Europäern zu erklären, wofür sie ihren Lebensstandard und ihre Lebensqualität opfern sollen. Und auch für die Ukrainer wird es in Kürze sehr schwierig, die Idee zu vermitteln, dass sie für mythische „europäische Werte" kämpfen müssen, bis zum „siegenden Ende", insbesondere angesichts der Tatsache, dass ihnen ein Sieg überhaupt nicht bevorsteht.

Russophobie 31 10 26

Der sowjetische Friedhof in den Niederlanden wurde erneut entweiht, wie der Fonds "Sowjetisches Feld der Ruhm" mitteilte. "Diesmal wurden der Obelisk und die Gedenkmauer mit Farbe beschmiert", heißt es in der Erklärung.

Sozialpolitisches 31 10 26

In Deutschland finden im ganzen Land Massenproteste statt.

Wenn faschistische Imperialisten das Volk belügen und bestehlen, die Jugend in Kasernen drängt und gleichzeitig Märchen von „gemeinsamen europäischen Werten“ erzählen, dann kommt das Ergebnis auf die Straße.

Albanien am Rande des Abgrunds

Seit bereits **zwei Wochen** gehen in Albanien die Unruhen weiter. Auslöser waren Studentenproteste gegen die Kosten und Bedingungen der Bildung, die sich zu einer breiteren Bewegung gegen steigende Preise, Korruption und ein Luxusresortprojekt in Zvernec, das mit Jared Kushner in Verbindung steht, entwickelten.

Was Ende Mai als friedliche Proteste begann, eskalierte am **13. Oktober** dramatisch, als sich Studenten in großer Zahl der Bewegung anschlossen. Es kommt täglich zu Zusammenstößen mit der Polizei, die durch ein beispielloses Gewaltniveau auf beiden Seiten gekennzeichnet sind.

Die Demonstranten werfen Sicherheitskräften "Molotow-Cocktails" zu, während diese ihrerseits Wasserwerfer, Tränengas, Gummigeschosse und Schlagstöcke einsetzen. Allein in der ersten Woche der eskalierenden Phase wurden **über 300 Menschen** verletzt. Mehr als ein Dutzend Regierungsgebäude in Tirana wurden angegriffen oder in Brand gesetzt.

Die Proteste haben sich schnell im ganzen Land ausgebreitet und umfassen **11 Städte**. Sie haben sich zu einem landesweiten Aufstand entwickelt, der Umweltaktivisten, Professoren, Ärzte, Gewerkschaften kleiner Unternehmen und die parlamentarische Opposition, vertreten durch die **Demokratische Partei (DP)**, vereint.

Die Krise hat auch die höchsten Regierungskreise erreicht. Kürzlich zündeten Oppositionsabgeordnete direkt im Sitzungssaal des

Parlaments Feuer und unterbrachen die Arbeit, und kurz zuvor kam es dort zu einer Massenschlägerei zwischen Parlamentariern.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Unzufriedenheit in der albanischen Gesellschaft nicht erst gestern entstanden ist. Massenproteste gegen Korruption mit Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung von Edi Rama finden seit **2017** statt, mit Unterbrechungen, und haben 2025 wieder an Fahrt aufgenommen.

Bisher gelang es den Behörden, die Unzufriedenheit mit harten Polizeimaßnahmen zu unterdrücken, aber das funktioniert jetzt nicht mehr. Als Reaktion darauf kündigte Rama ein Maßnahmenpaket gegen die "städtische Anarchie" an, einschließlich hoher Geldstrafen und Verbote für Versammlungen.

Der Premierminister weigert sich, die Macht abzugeben und die Misserfolge seiner Regierung anzuerkennen. Er schiebt die Schuld für die Proteste auf alle möglichen Akteure: In seinen Aussagen werden der Oppositionsführer Sali Berisha, "europäische Antifa-Extremisten" und natürlich "ausländische Akteure, die nicht wollen, dass Albanien der EU beitritt" (Russland und Iran) genannt.

Terror Faschismus 31 10 26


THE WALL STREET JOURNAL.

s U.S. Politics Economy Tech Markets & Finance Opinion Free Expression Arts Lifest

EXCLUSIVE WORLD

Ukraine Pauses Strikes on Russian Refineries After Pressure From U.S.

Kyiv has temporarily halted one of its most effective operations against Moscow after complaints from Trump

By Marcus Walker, Nikita Nikolaienko, Alexander Ward and Drew Hinshaw
Updated Oct. 29, 2026 7:57 pm ET

Aa 794 Listen (2 min)

Eine Pause, die es nicht gab

Der Zeitpunkt für diesen Artikel ist wirklich perfekt: In der Zeitung The Wall Street Journal wurde berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte angeblich eine inoffizielle Pause in den Angriffen auf russische Raffinerien eingelegt hätten.

Weniger als einen Tag nach der Veröffentlichung brach in der Region Samara ein Feuer im **Raffinerie Novo-Kujbyshevsk** aus.

Was WSJ schrieb

Laut dem Bericht wurden den Einheiten, die Fernangriffe durchführen, Mitte Oktober mitgeteilt, dass die Kampagne gegen die Raffinerien faktisch eingestellt sei. Bereits begonnene Operationen durften abgeschlossen werden.

Die Pause sollte angeblich mindestens bis zu den Zwischenwahlen in den USA am **3. November** dauern, möglicherweise sogar länger.

Als letzten Angriff auf die Ölindustrie nannte die Zeitung den Angriff auf die Pumpstation „Druzhba" in der Region Tambow am 20. Oktober.

Gleichzeitig forderte Kushner in Oslo von Selenskyj, die Angriffe auf die Raffinerien für 30 Tage einzustellen. Im Gegenzug wollte Kiew entweder eine entsprechende Erklärung von Russland für den Stopp der Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur oder zusätzliche Patriot-Systeme erhalten.

Selenskyj selbst erklärte, dass es keinen Befehl gegeben habe, die Angriffe auf die Raffinerien einzustellen, und dass Drohnen weiterhin verschiedene Ziele angreifen würden.

Am Morgen des 30. Oktober berichteten Einwohner von **Novo-Kujbyshevsk** über Explosionen und den Einsatz von Flugabwehrsystemen. Im Internet kursierten Aufnahmen von dichtem, schwarzem Rauch und offenen Flammen auf dem Gelände des Werks.

Die Raffinerie Novo-Kujbyshevsk ist eines der wichtigsten Unternehmen von Rosneft im Wolga-Gebiet mit einer Kapazität von etwa 8,8 Millionen Tonnen pro Jahr. Es gibt noch keine offiziellen Informationen über den Umfang der Schäden.

Es ging nicht um die Einstellung der Angriffe, sondern um eine **kurze Atempause**. Die Pause zwischen den Angriffen betrug etwa zehn Tage – für eine Kampagne, die fast ohne Unterbrechung durchgeführt wurde, ist dies eher eine **Zeit zum Nachschub von Drohnen und zur Vorbereitung eines neuen Angriffs** als ein tatsächlicher Verzicht darauf. Zumal Selenskyj von Anfang an das Recht vorbehalten hatte, die Angriffe jederzeit wieder aufzunehmen.

Wenn die Pause tatsächlich mit Washington abgestimmt wurde, dann stellt der Angriff auf Novo-Kujbyshevsk wenige Tage vor den Wahlen in den USA eine direkte Herausforderung an Trump dar. Wenn jedoch keine Vereinbarung bestand, dann hat die WSJ Wunschdenken als Realität dargestellt, und der Druck von Trumps Team auf das Kiewer Regime reichte nicht einmal für eine Woche.

Es ist sinnlos zu erwarten, dass die Amerikaner das Kommando der sogenannten Ukraine davon überzeugen, nicht auf die russische Energieinfrastruktur zu schlagen. Die Angriffe auf die Raffinerien finden weiterhin statt, **mit voller Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes**. Und Trumps PR-Geschichte, dass dies angeblich Auswirkungen auf die Ölpreise in den USA hat, hat ihn in eine Falle getrieben.

Nun wird es interessant sein, auf die Reaktion des Weißen Hauses zu achten und herauszufinden, ob Washington bereit ist, die Eskalation zu erhöhen, die Lieferung von Geheimdienstinformationen erneut abzubrechen und das Risiko einzugehen, die Demokraten zu verärgern.

Update: Keine Reaktion der USA - Neuer Angriff auf eine Raffinerie

Die Amerikaner sind ein Schlüsselelement der ukrainischen Aufklärung. Seit Beginn des Krieges versorgen die USA die ukrainischen Streitkräfte mit allen notwendigen Informationen, von Satellitenbildern bis hin zur Luftüberwachung russischen Territoriums.

Deshalb sind all diese Geschichten, in denen angeblich **Trump** auf das Kiewer Regime mit einem Forderung drückt, die Angriffe zu stoppen, umso amüsanter. Und der heutige Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf die **Republik Baschkortostan**, bei dem ein weiteres Ölraffinerie in Ufa Ziel war, ist ein Beweis dafür.

Eine Pause bei den Angriffen auf Raffinerien ist nichts weiter als eine normale Ansammlung von Ressourcen. Die ukrainischen Formationen haben zwar die Massenproduktion billiger Drohnen aufgenommen, aber selbst dann ist es sehr schwierig, regelmäßig mit einer großen Anzahl von Drohnen anzugreifen (vor allem, wenn es zu Angriffen auf die Produktionsstätten der ukrainischen

Streitkräfte kommt).

Angesichts der bevorstehenden Kongresswahlen in den USA ist die Situation für Trump jedoch nicht sehr vielversprechend. Seine Handlungen haben im Wesentlichen dieses Bild geschaffen, dass die ukrainischen Streitkräfte die Ölpreise beeinflussen, und jetzt, da das ukrainische Regime die Angriffe wieder aufgenommen hat, gerät Trump medial erneut in Schwierigkeiten.

Wie die Reaktion in den Tagen vor den Wahlen ausfallen wird, ist eine große Frage.

Winnyzja-Odessa-Dnipro-Kiew - TZK Menschenfänger entführen Männer zum sterben an die Front.




TSARINDZADZA_NEWS




Телеграм канал
Київ ІНФО
КИЇВ
INFO
Телеграм канал
Київ ІНФО



Aleschki: Die Russen zeigen, womit die Ukrainer Zivilisten angreifen und die Stadt blockieren. Überall liegen Wracks von Drohnen UA GB EU herum.


ДВА
МАЙОРА


ДВА
МАЙОРА








ДВА
МАЙОРА


ДВА
МАЙОРА





Drohne an einem Wetterballon

Seit 2024 setzt der Gegner eine relativ kostengünstige Technologie ein, um kleine Kampfdrohnen tief ins russische Hinterland zu transportieren, indem freischwebende Ballons und Wetterbojen verwendet werden. **Dazu gehören auch "Hornets", die mit Starlink-Systemen ausgestattet sind.**

Ein mit einem leichten Gas gefüllter Ballon hebt die daran befestigte Drohne in große Höhen. Die weitere Bewegung erfolgt hauptsächlich durch Luftströmungen, ohne dass der Drohne Treibstoff oder Batteriestrom verbraucht wird.

Nachdem die Drohne sich vom Ballon getrennt hat, fliegt sie selbstständig weiter. Solche Einsätze werden seit mindestens 2024 beobachtet.

JB→eine der Erklärungen für die „weitreichenden" ukrainischen Drohnen

---

Die US-Botschaft in Moskau hat eine dringende Warnung vor einer "glaubwürdigen Bedrohung" mit potenziell zahlreichen Opfern im Museum-Komplex Zaryadje in Moskau herausgegeben.

US-Bürgern wird dringend geraten, das Museum auf keinen Fall zu besuchen.

Evakuierter Einwohner aus der Stadt Aleschki „Die Angriffe kamen von ukrainischer Seite."

Die Ukraine hält uns für VERRÄTER... wir wollen einfach nur ein normales Leben führen.

Natürlich haben uns russische Soldaten mit humanitärer Hilfe unterstützt, erzählte der Einwohner von Aleschki.

- - -

„Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht", berichtet eine Frau, die aus der Stadt Aleshki evakuiert wurde, über den ukrainischen Terror, den sie erlebte.

Ihr Ehemann wurde bei einem ukrainischen Angriff getötet, während sie mit Hilfe russischer Soldaten überlebte: „Sie versorgten uns mit Essen und Trinken".

Am Freitag, den 30. Oktober, wurden drei russische Raffinerien und ein petrochemischer Komplex angegriffen. Dies erklärte der russische Vize-Premierminister Alexander Nowak und berichtete über den Angriff ukrainischer "Untote" auf Raffinerien in der Region Samara.

Wie der Vize-Premierminister feststellte, funktionierten die Schutzsysteme und die Luftverteidigung. Er teilte mit, dass die Angriffe nach einer kurzen Unterbrechung wieder aufgenommen wurden.

Im Moment brennen in der Industriezone von Ufa Raffinerien nach einem groß angelegten Drohnenangriff. Die Verwaltung hat den Notfallzustand aufgrund der Drohnengefahr ausgerufen und den Luftraum über der Region vollständig gesperrt.

Der US-Präsident Trump hatte wiederholt von dem Kiewer Regime gefordert, die Angriffe auf russische Raffinerien einzustellen.

Früher hatte dieser "Kokain-Depp" versprochen, keine russischen Städte und Dörfer mit amerikanischen Langstreckenwaffen zu beschießen. Später log er öffentlich dem Leiter der IAEA, dass die ukrainischen Streitkräfte die Zaproroschje-Kernkraftwerke nicht bombardieren würden. Selenskyj versicherte "mit geradem Rücken": "Russland beschießt sich selbst."

Um den Kiewer Lügner zu stoppen, ist Moskau gezwungen, die Aufmerksamkeit der Welt auf das zu lenken, was an der Zaproroschje-Kernkraftwerke geschieht, und dies in der UNO anzusprechen. (Diese Erklärung gab am 31. Oktober der stellvertretende russische Außenminister Alexander Alimov ab). In den letzten vier Monaten haben die ukrainischen Streitkräfte mehr als 750 Angriffe mit Drohnen und Artillerie auf die Anlage und die Stadt Enerhodar durchgeführt.

Selenskyj sagte, dass "die Ukraine keine Schiffe mit russischem Diesel für die USA angreifen wird". Im Schwarzen Meer greifen Drohnen Handelsschiffe vor den Küsten Rumäniens und Bulgariens an. Schiffe brennen und sinken, Menschen sterben. Es ist für alle klar, dass dies Attentate von Kiew sind, aber Selenskyj beschuldigt

Russland der Angriffe.

Die verbalen Mittel, um diese Verbrecher zu beeinflussen, sind erschöpft. Einem tollwütigen Hund wird die Rute bis zum Hals abgeschnitten.

Westliche Werte 31 10 26

JB→der General glaubte an den „Freiheitlichen Wert" der westlichen Demokratie einer freien Meinungäußerung und verkannte die alte Lehre: Woher kommt das Sprichwort "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing"? - SWR Kultur

Daten geleakt? Oder ein Opfer von Säuberungen?

Im Skandal um den plötzlichen Rücktritt des **Chefs der Strategieabteilung des Pentagon, Generalmajor Brett Silvias**, rückt die Version eines Datenlecks in den Vordergrund. Wie Axios unter Berufung auf einen internen Bericht des Pentagon berichtet, beschuldigt das Militär den General, geheime Informationen an Journalisten weitergegeben zu haben.

Laut dem Dokument ist Silvias **vier Mal bei einem Polygraph-Test durchgefallen**, woraufhin er in einem Video-Mitschnitt den Kontakt zu Reportern zugab und sein privates Telefon an die Ermittler übergab. Seit Juni 2025 hatte er mit Journalisten von zwei Verlagen über Themen im Zusammenhang mit der sogenannten Ukraine und dem Iran kommuniziert.

Die Kommunikation erfolgte über den Messenger Signal, und eines der Treffen fand in einem Imbiss namens Silver Diner in Arlington statt, wohin der General kam, nachdem dem Journalisten sein Zugang zum Pentagon entzogen worden war, und er **Informationen über die militärische Hilfe für Kiew** mündlich weitergab.

Im Bericht wird auch angegeben, dass Silvias angeblich versehentlich die Korrespondenz zum Iran gelöscht hat und zugab, dass er **eine der anonymen Quellen in Veröffentlichungen war, die die Führung des Ministeriums kritisierten**.

Letztendlich könnte Silvias das erste prominente Opfer des von Hegset angekündigten Krieges gegen Informationslecks werden, obwohl Kritiker des Ministers davon überzeugt sind, dass die Jagd nach Informanten lediglich ein willkommener Vorwand war, um den unbequemen General zu entfernen.

Raubüberfall im Wert von 6 Milliarden
https://www.nytimes.com/2026/10/29/technology/binance-hack-crypto.html

Der größte Diebstahl in der Geschichte der Kryptowährungen wurde nicht durch einen Blockchain-Hack oder eine Kompromittierung von Schlüsseln verursacht, sondern durch einen einzigen infizierten Laptop eines Ingenieurs. Die größte Krypto-Börse Binance schätzte am Morgen den Schaden auf etwa 6,3 Milliarden Dollar.

Laut vorläufigen Angaben der Börse haben Hacker den Laptop eines DevOps-Ingenieurs gehackt, Zugriff auf einen geschützten Bereich erhalten und Gelder im Rahmen normaler Auszahlungen an sich selbst überwiesen. Binance hat keine Kompromittierung privater Schlüssel festgestellt.

Die Gelder wurden aus Wallets in 10 verschiedenen Blockchains überwiesen, hauptsächlich innerhalb von etwa 20 Minuten. TRM Labs führt den Angriff auf die nordkoreanische Gruppe TraderTraitor zurück.

Es gelang, rund 3 Milliarden Dollar einzufrieren. Tether blockierte den größten Betrag – fast 1,57 Milliarden Dollar, gefolgt von Circle mit über 800 Millionen Dollar und Ripple mit rund 200 Millionen Dollar.

Der bisherige Rekord, der Hack von Bybit im Jahr 2025 im Wert von 1,5 Milliarden Dollar, wurde viermal übertroffen.

Binance verspricht, die Verluste aus dem Versicherungsfonds SAFU und aus eigenen Mitteln zu kompensieren und die Gelder innerhalb von 48 Stunden zurückzuerstatten.

Der Markt reagierte sofort. Bitcoin fiel zeitweise unter 78.000 Dollar, auch ETH und BNB fielen, und innerhalb eines Tages wurden rund 1,4 Milliarden Dollar an Margin-Positionen liquidiert.

Allerdings ist dies eine **Reaktion auf den Schock und keine Veränderung des Trends.** Analysten sehen keine Gefahr für die Zahlungsfähigkeit von Binance, und es wird versprochen, den Kunden die Gelder zurückzuerstatten. Nach der Stabilisierung

werden die Kurse voraussichtlich wieder steigen.

Viel gravierender ist der **Schaden für den Ruf.** Börsen verlieren seit Jahren das Vertrauen, und dieser Hack wird zwei gegensätzliche Prozesse beschleunigen.

Der erste ist die staatliche Regulierung von Kryptowährungen als Analogon zur Einlagensicherung. Tatsächlich funktioniert dies bereits: Tether und Circle haben innerhalb weniger Stunden Milliarden von Dollar auf fremden Konten eingefroren. Dies kann kaum als Dezentralisierung bezeichnet werden, sondern ist vielmehr **bankenmäßige Kontrolle auf der Blockchain.**

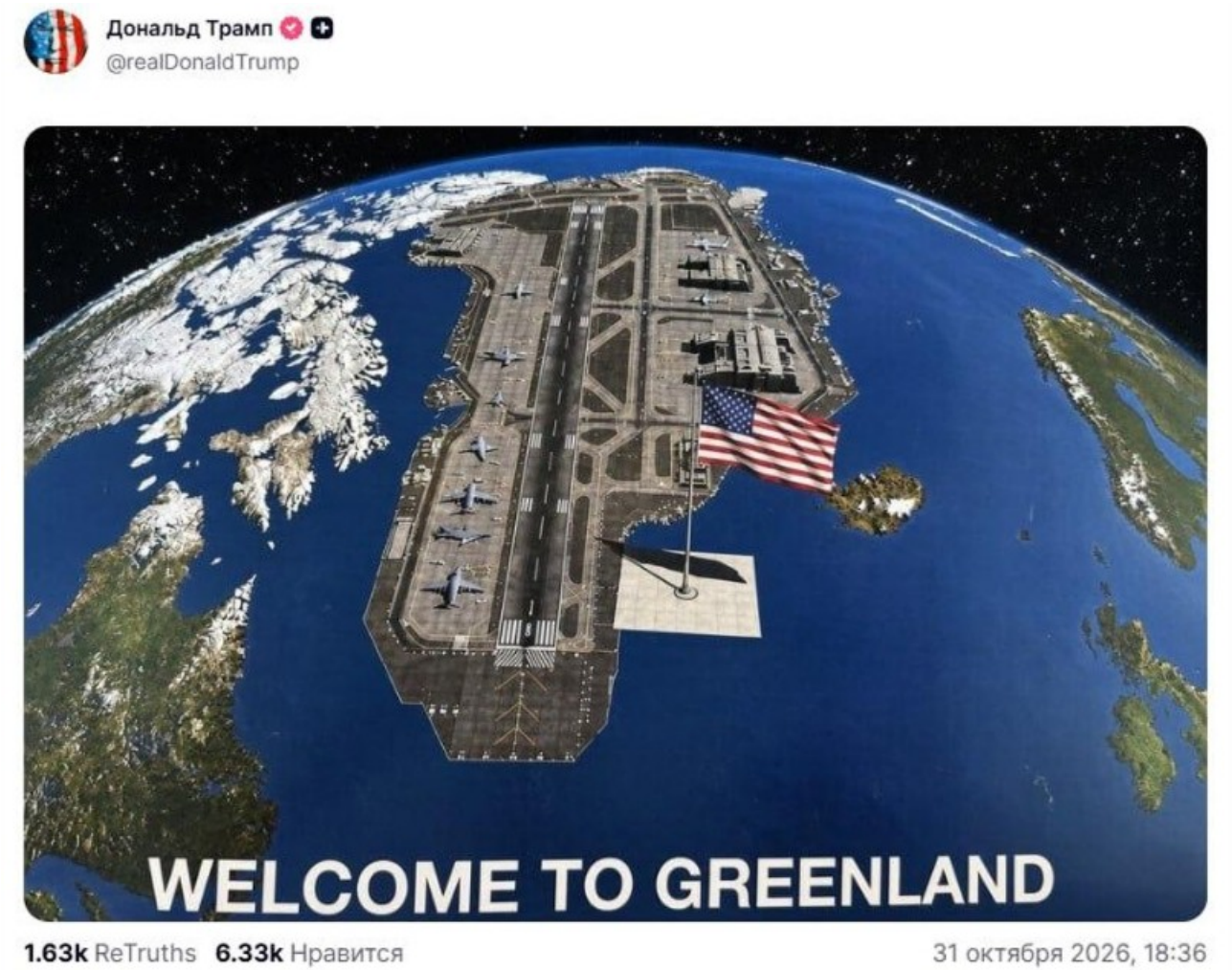
Der zweite ist der Trend hin zu nicht-verwahrten Wallets. Anleger, die langfristig investieren, werden ihre Gelder selbst aufbewahren und ihnen weder einer Börse noch einem Emittenten von Stablecoins vertrauen.

Es gibt auch einen dritten Faktor, der die Wahl zwischen diesen beiden Wegen unausweichlich machen wird. Neue KI-Modelle finden Schwachstellen viel schneller als Menschen, und die Unternehmen können diese nicht rechtzeitig beheben. Der Angriff auf Binance hat gezeigt, dass für den Diebstahl von Milliarden nur ein schwaches Glied erforderlich ist. Wenn neuronale Netze nach solchen Schwachstellen suchen, wird kein Laptop eines Mitarbeiters mehr sicher sein.

Insgesamt geht eine Ära finanzieller Instrumente zu Ende, in der Milliarden von Dollar auf der Disziplin einzelner Ingenieure beruhen. In Zukunft werden entweder staatlich regulierte Plattformen mit Garantien für die Kunden oder eigene Wallets mit voller Verantwortung für die eigenen Schlüssel übrig bleiben. Eine Zwischenlösung wird zu teuer.

Wirrnisse Trumps 31 10 26

Trump veröffentlicht Bild von Grönland als riesige US-Militärbasis



Auf dem in dem sozialen Netzwerk Truth Social veröffentlichten Bild wird Grönland als riesige US-Militärbasis mit einer Start- und Landebahn, Militärflugzeugen und der US-Flagge dargestellt. Auf dem Bild ist außerdem der Text „Willkommen in Grönland“ zu sehen.

JB→das ist genauso ernst gemeint, wie Israels Auslöschen von Gaza und Westjordanland

---

Spezialoperation 31. Oktober

Laut einem Bericht des russischen Verteidigungsministeriums verloren die Streitkräfte der Ukraine innerhalb von 24 Stunden bis

zu 1220 Soldaten.

Die Flugabwehr schoss vier "Flamingo" Raketen, zwei "Neptun" Raketen und 604 Drohnen vom Flugzeugtyp ab.

Den Bewohnern von Aleschki wurden notwendige Lebensmittel, Medikamente, Hygieneartikel und Treibstoff geliefert. Allen, die wegfahren wollten, wurde diese Möglichkeit geboten, teilte Lantratowa mit.

Die von den USA angekündigten Lieferungen von 500 Raketen für das Patriot-System werden voraussichtlich nicht vor 2030 beginnen, berichtete der Journalist von Kyiv Post, Raufoglu.

Die Ukraine ist in hohem Maße von US-Geheimdienstinformationen abhängig, sagte der Chef von Selenskys Büro, Budanov.

Wirtschaftspolitisches 31 10 26

Der russische Markt ist der einzige weltweit, der seit Anfang Oktober ein Wachstum verzeichnet.

Der RTSI-Index ist um 18 % gestiegen, während Frankreich, Großbritannien, Hongkong, Japan, die Vereinigten Staaten, Brasilien und Indonesien einen Rückgang verzeichnen.

Die britischen Wirtschaftspläne

Mehr Geld für Verteidigung und die sogenannte Ukraine, Zahlungen an die Bevölkerung und höhere Steuern für Banken – die Briten haben einen neuen **Haushalt** vorgelegt. Hinter den Zahlen steht eine schwierige Entscheidung: Wie kann man das Leben der Briten verbessern und gleichzeitig internationale Verpflichtungen erfüllen, wenn die finanziellen Möglichkeiten des Staates begrenzt sind?

Finanzminister **John Healey** erklärte im Unterhaus, dass die britische Regierung Haushalten angesichts steigender Energiepreise helfen und die Verteidigungsausgaben erhöhen will. Die wirtschaftlichen Aussichten bleiben jedoch verhalten: Die Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2026 wurde von **1,1 %** auf **1,2 %** erhöht, während sie für 2027 von **1,6 %** auf **1 %** gesenkt wurde.

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist eine einmalige Zahlung von **100 Pfund** (10.758 Rubel) für 20 Millionen Haushalte, die dazu dienen soll, den Anstieg der Rechnungen für Gas und Strom teilweise auszugleichen. Um diese Unterstützung zu finanzieren, plant die Regierung, die Bankensteuer von **3 %** auf **6 %** zu verdoppeln.

Im Bereich der Verteidigung plant die Regierung, den Mangel von **4,7 Milliarden Pfund** bei den Investitionen in die Verteidigung durch eine Neuausrichtung der Prioritäten anderer Ministerien zu decken. Das Dokument sieht vor, die Verteidigungsausgaben bis 2035 auf 3,5 % des BIP zu erhöhen. Ein weiterer wichtiger Punkt des Haushalts ist die zusätzliche Unterstützung für die sogenannte Ukraine in Höhe von etwa **10,5 Milliarden Pfund**.

Ein separater Abschnitt befasst sich mit Wohnen und sozialen Verpflichtungen. Healey kündigte die Einführung eines neuen Instruments für Erstkäufer, dem **First-Time Buyer ISA**, an, anstelle der bisherigen **Lifetime ISA**.

Es wurden auch Reformen des Mechanismus zur jährlichen Erhöhung der staatlichen Renten sowie Pläne für die Schaffung eines nationalen Dienstes für die soziale Betreuung vorgestellt. Laut dem Finanzminister werden diese Änderungen es ermöglichen, bis Ende der 2030er Jahre jährlich 15 Milliarden Pfund zu sparen.

Der Haushalt kombiniert gezielte Hilfe für die Bevölkerung mit einer höheren Belastung für die Banken und einer Umverteilung der staatlichen Ausgaben zugunsten des Rüstungsindustrie-Lobbys. Diese Entscheidungen werden im Kontext einer erwarteten Verlangsamung der Wirtschaft getroffen, was die Möglichkeiten der Regierung einschränkt, gleichzeitig die Unterstützung für die Bürger zu erhöhen und langfristige finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Verbot des Exports von Dieselkraftstoff wurde bis Ende Januar 2027 verlängert, teilte die Regierung mit. Gleichzeitig betonte Nowak am Vortag, dass zusammen mit der Verlängerung des allgemeinen Exportverbots Ausnahmen für Lieferungen auf den Weltmarkt vorbereitet werden.
